

MONITOR

WAHL- UND SOZIALFORSCHUNG

Bäumchen wechsel dich? Politische Einstellungen im Wandel

Ergebnisse aus drei repräsentativen Trend-Umfragen

Sabine Pokorny

- › Demokratiezufriedenheit und Zukunftszuversicht verharren auf niedrigem Niveau. Nur in der Wählerschaft der Union nimmt die Demokratiezufriedenheit kontinuierlich ab.
- › Insgesamt ist das Institutionenvertrauen relativ stabil. Nur das Vertrauen in die Bundesregierung sinkt kontinuierlich. Das Vertrauen in den Bundestag bleibt auf niedrigem Niveau.
- › In den Wählerschaften der SPD und der Union sinkt das Vertrauen in den Bundestag und in die Bundesregierung, in der Grünen-Wählerschaft steigt es. Die große Mehrheit der AfD-Wählerschaft misstraut dem Bundestag und der Bundesregierung.
- › CDU und CSU gewinnen in Ostdeutschland deutlich an Sympathie. Die Zuneigung der SPD-Wählerinnen und -Wähler für die Grünen lässt nach. Die FDP verliert in den Wählerschaften der SPD und der Grünen an Sympathien.
- › Die Wechselbereitschaft der Wählerinnen und Wähler ist aktuell gering. 50 Prozent können sich keine andere Partei vorstellen als diejenige, die sie bei der Sonntagsfrage genannt haben. Besonders hoch ist dieser Anteil mit 70 Prozent in der AfD-Wählerschaft.
- › Die AfD-Wählerschaft rutscht bei der Links-Rechts-Selbsteinstufung einen ganzen Skalenpunkt nach rechts. Zudem steigt der Anteil an AfD-Wählerinnen und -Wählern, die sich am äußerst rechten Punkt der Skala verorten.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	3
2. Die Studien	3
3. Demokratiezufriedenheit	4
4. Zukunftszuversicht	6
5. Institutionenvertrauen	8
6. Parteisympathie	19
7. Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala	35
8. Fazit	41
Literatur	43
Impressum	45
Die Autorin	45

1. Einleitung

In aktuellen Umfragen steht die AfD bei 19 Prozent, während die Parteien der Ampel-Regierung nur knapp über 30 Prozent kommen (DeutschlandTREND vom 1. Februar 2024 und Politbarometer Februar 2024). Zugleich protestierten im Januar mehrere hunderttausend Menschen in vielen deutschen Städten gegen Rechtsextremismus und die AfD, nachdem durch Correctiv-Recherchen ein Treffen der AfD mit Rechtsextremen bekannt wurde.

Welche Änderungen der politischen Einstellungen sind mit diesen Entwicklungen verbunden? Wie steht es um Demokratiezufriedenheit, Institutionenvertrauen und Vertrauen in die Zukunft? Wie verändern sich die Parteisympathien? Wie positionieren sich die Bürgerinnen und Bürger auf der Links-Rechts-Achse? Und in welcher Weise hängen diese Einstellungen mit dem formalen Bildungsniveau¹ zusammen? Diesen Fragen geht die Konrad-Adenauer-Stiftung mithilfe von drei repräsentativen Umfragen im Abstand von je sechs Monaten nach.

2. Die Studien

Bei allen drei Umfragen handelt es sich um CATI-Mehrthemen-Befragungen (sogenannte „BUS-Einschaltungen“), die von Verian (vormals Kantar Public) durchgeführt wurden. Die Interviews wurden telefonisch über Festnetz und Mobilfunk (80/20) geführt. Alle drei Erhebungen beruhen auf einem disproportionalen Stichprobenansatz. Um ausreichend Fälle in Ostdeutschland für tieferegehende Analysen sicherzustellen, gehen überproportional viele Ostdeutsche in die Stichprobe ein. Für die Analysen wurden die Stichproben gewichtet, um die Überrepräsentation Ostdeutschlands auszugleichen. Die Umfragen sind repräsentativ für die deutschsprachige wahlberechtigte Bevölkerung ab 18 Jahren. In der nachfolgenden Tabelle sind für alle drei Umfragen der Befragungszeitraum sowie die Fallzahlen dargestellt.

Umfrage-nummer	Befragungszeit	Interviews gesamt	Interviews Ost	Interviews West
1039	30.11.-14.12.2022	1.531	613	918
1040	01.06.-20.06.2023	1.524	601	923
1041	28.11.-07.12.2023	1.543	620	922

Aufgrund der zu geringen Fallzahlen der Wählerinnen und Wähler der Linken² und der FDP³ werden die Ergebnisse für diese beiden Wählergruppen nicht ausgewiesen. Eventuelle Veränderungen zwischen den Erhebungszeitpunkten können den größeren Messunsicherheiten aufgrund der geringen Fallzahl geschuldet sein.

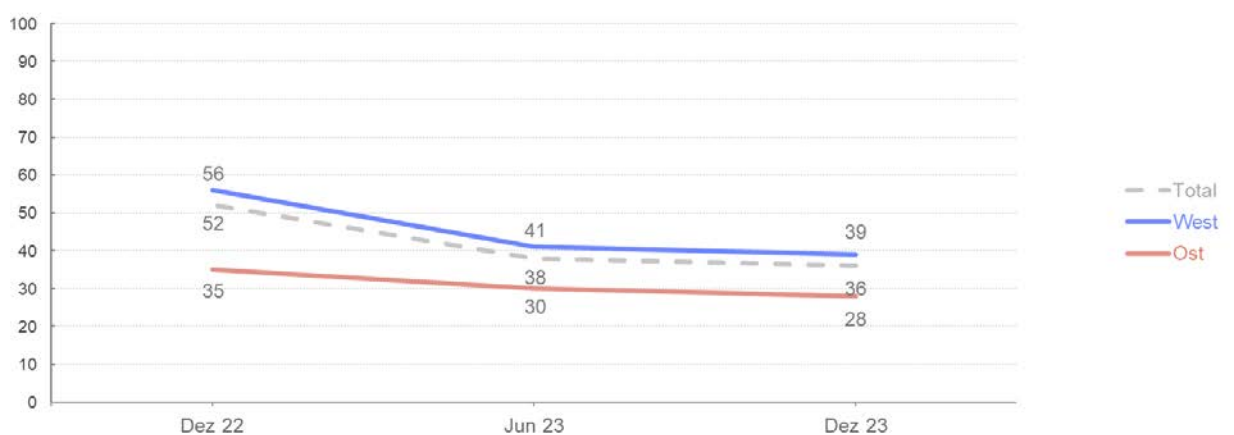
3. Demokratiezufriedenheit

Die Demokratiezufriedenheit bleibt insgesamt auf niedrigem Niveau konstant. Bildungsunterschiede in der Zufriedenheit mit der Demokratie verstärken sich. Bei den Wählergruppen sticht vor allem die Unionswählerschaft hervor. Nur noch eine Minderheit der Wählerinnen und Wähler der Union ist zufrieden oder sehr zufrieden mit der Demokratie. Sicherlich spielen für den Rückgang der Demokratiezufriedenheit aktuelle Gründe wie das geringe Vertrauen in die Bundesregierung eine Rolle. Aktuelle Unzufriedenheiten können die geringe Demokratiezufriedenheit jedoch nicht vollständig erklären. Inwiefern grundlegendere Veränderungen für die gesunkene Zufriedenheit mit der Demokratie verantwortlich sein könnten, müssen weitere Untersuchungen zeigen.

Zwischen Dezember 2022 und Juni 2023 war die Demokratiezufriedenheit vor allem in Westdeutschland stark gesunken (für eine ausführliche Analyse der Veränderungen zwischen Dezember 2022 und Juni 2023 siehe Pokorny 2023). Auf diesem niedrigen Niveau verharret sie im Dezember 2023. 28 Prozent der Ostdeutschen und 39 Prozent der Westdeutschen sind nun (sehr) zufrieden mit der Demokratie.

2022 waren Wahlberechtigte mit niedrigem und mittlerem formalem Bildungsabschluss weniger zufrieden mit der Demokratie als Wahlberechtigte mit hoher formaler Bildung (ohne Abbildung). Im Dezember 2023 ist dieser Zusammenhang noch ausgeprägter. Unter Personen mit niedrigem formalem Bildungsniveau (-21 Prozentpunkte) ist die Demokratiezufriedenheit stärker zurückgegangen als unter Personen mit mittlerem oder hohem Bildungsabschluss (-15 Punkte). Lediglich 24 Prozent der Wahlberechtigten mit niedriger formaler Bildung sind Ende 2023 mit der Demokratie (sehr) zufrieden.

Abbildung 1: Demokratiezufriedenheit (Antworten: sehr zufrieden/zufrieden)



Quellen: Umfragen 1039, 1040 und 1041 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: teils-teils/unzufrieden/sehr unzufrieden/weiß nicht/keine Angabe. Frage: „Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht: Sind Sie sehr zufrieden, zufrieden, teils-teils, unzufrieden oder sehr unzufrieden?“

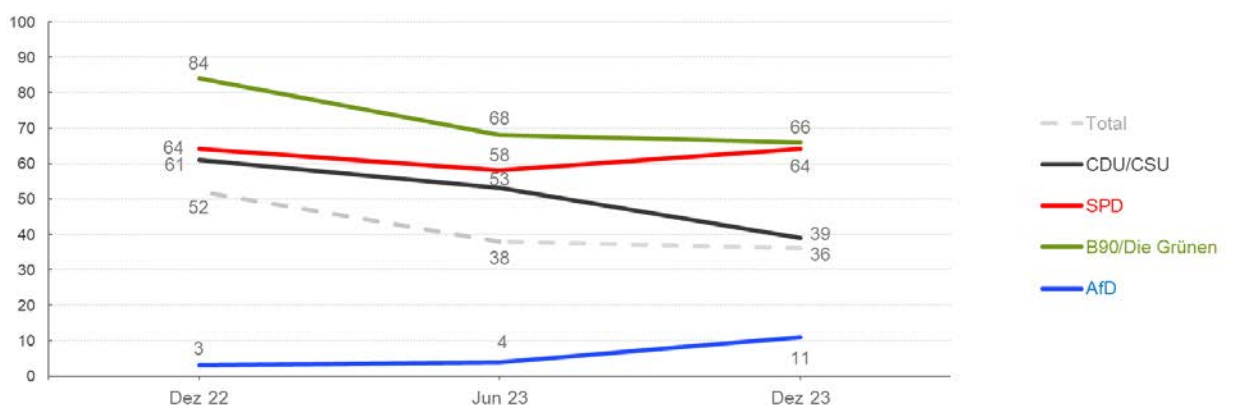
Zwischen Dezember 2022 und Juni 2023 ist die Demokratiezufriedenheit sowohl in den Wählerschaften der Grünen als auch der SPD und der Union gesunken. Zwischen Juni und Dezember 2023 haben sich dagegen alle drei Wählerschaften unterschiedlich entwickelt. Die Wählerinnen und Wähler der Grünen halten das niedrigere Niveau. 66 Prozent der Grünen-Wählerinnen und -Wähler sind mit der Demokratie zufrieden oder sehr zufrieden.

In der Wählerschaft der SPD hingegen steigt die Demokratiezufriedenheit wieder auf das Niveau von Dezember 2022. Wie ein Jahr zuvor sind 64 Prozent der SPD-Wählerinnen und -Wähler (sehr) zufrieden mit der Demokratie.

Einzig in der Wählerschaft von CDU/CSU sinkt die Demokratiezufriedenheit weiter. Waren im Dezember 2022 noch 61 Prozent und im Juni 2023 53 Prozent der Wählerinnen und Wähler von CDU/CSU mit der Demokratie (sehr) zufrieden, sind es im Dezember 2023 nur noch 39 Prozent. Damit ist nur noch eine Minderheit der Unionswählerschaft zufrieden mit der Demokratie. 31 Prozent der CDU/CSU-Wählerschaft sind dagegen unzufrieden oder sehr unzufrieden. Nur Nichtwählerinnen und Nichtwähler (ohne Abbildung) und die Wählerschaft der AfD sind noch unzufriedener.

Dabei sind die Wählerinnen und Wähler der AfD während des Untersuchungszeitraums etwas zufriedener geworden, wenn auch auf sehr niedrigem Niveau. Zwischen Dezember 2022 und Dezember 2023 ist die Demokratiezufriedenheit der AfD-Wählerinnen und -Wähler von 3 Prozent auf 11 Prozent gestiegen. Gleichzeitig ist die Unzufriedenheit der AfD-Wählerschaft von 87 Prozent auf 75 Prozent gesunken.

Abbildung 2: Demokratiezufriedenheit nach Parteipräferenz (Antworten: sehr zufrieden/zufrieden)



Quellen: Umfragen 1039, 1040 und 1041 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: teils-teils/unzufrieden/sehr unzufrieden/weiß nicht/keine Angabe. Frage: „Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht: Sind Sie sehr zufrieden, zufrieden, teils-teils, unzufrieden oder sehr unzufrieden?“

4. Zukunftszuversicht

Die Zuversicht für die Zukunft verharrt in Ost- wie Westdeutschland relativ stabil auf einem eher niedrigen Niveau. Personen mit mittlerer formaler Bildung sind am wenigsten zuversichtlich. Wie bei der Demokratiezufriedenheit verlieren die Wählerinnen und Wähler von CDU/CSU auch deutlich an Zuversicht für die Zukunft.

Die Befragten wurden gebeten, sich für eine von zwei Aussagen zu entscheiden:

„Man weiß ja nicht, was die Zukunft bringt, aber ich glaube, dass alles gut wird.“

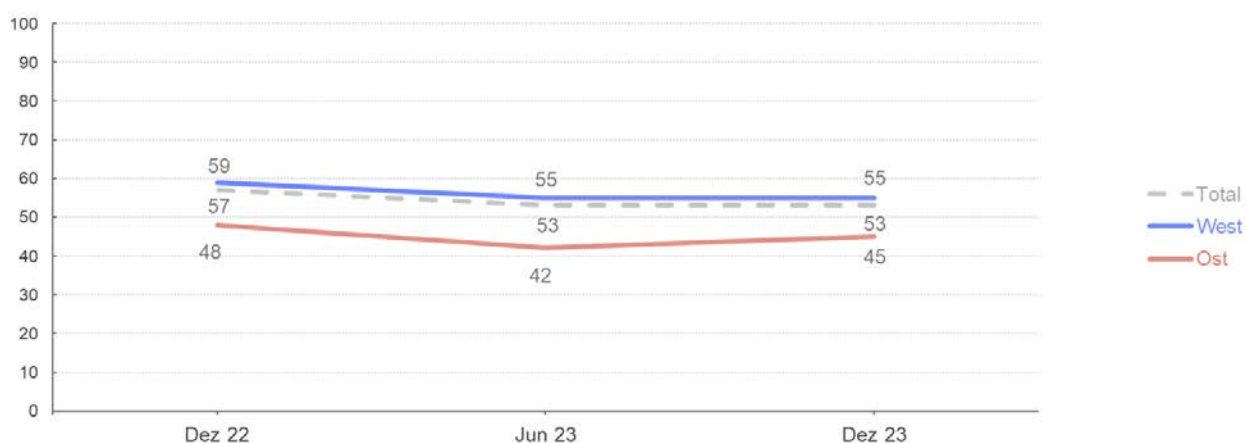
Oder:

„Man weiß ja nicht, was die Zukunft bringt, aber ich habe häufig Angst vor dem, was kommen wird.“

Der Anteil derjenigen, die sich für die optimistische Aussage entscheiden, liegt im Dezember 2023 bei 53 Prozent (Dezember 2022: 57 Prozent). In Westdeutschland ist die optimistische Sicht wie schon in den ersten beiden Erhebungen etwas weiter verbreitet als in Ostdeutschland (55:45 Prozent). Im ersten Halbjahr 2020 lag die Zuversicht trotz Corona-Pandemie noch deutlich höher mit Werten zwischen 70 und 94 Prozent (exemplarisch Neu 2020: 9).

Formal hoch Gebildete sind optimistischer als formal niedrig oder mittel Gebildete (ohne Abbildung). Am geringsten fällt der Optimismus unter Personen mit mittlerem formalem Bildungsabschluss aus. In der Gruppe mit mittlerem formalem Bildungsabschluss blickt Ende 2023 mit 45 Prozent nur noch eine Minderheit optimistisch in die Zukunft.

Abbildung 3: Zukunftsaussicht: „Man weiß ja nicht, was die Zukunft bringt, aber ich glaube, dass alles gut wird.“



Quellen: Umfragen 1039, 1040 und 1041 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: Man weiß ja nicht, was die Zukunft bringt, aber ich habe häufig Angst vor dem, was kommen wird/weiß nicht/keine Angabe. Frage: „Welcher dieser beiden Aussagen stimmen Sie eher zu?“

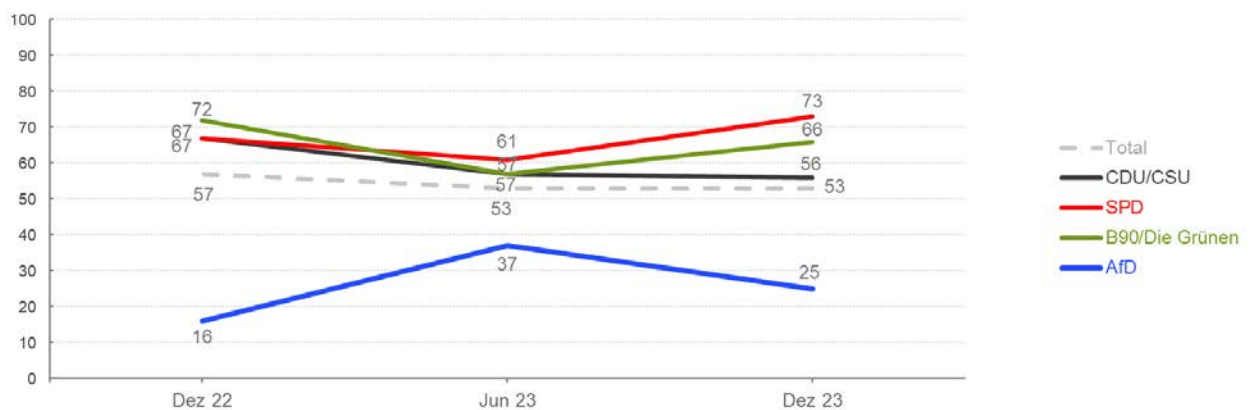
Zwischen Dezember 2022 und Juni 2023 hatten sich die Unterschiede zwischen den Parteihängerschaften in ihrer Zukunftszuversicht verringert. Zwischen Juni und Dezember 2023 sind die Differenzen wieder gewachsen. In der Wählerschaft der SPD steigt der Anteil der Optimisten auf 73 Prozent. Damit liegt die Zuversicht unter den Wählerinnen und Wählern der SPD nun leicht über dem Niveau von 2022.

Auch in der Grünen-Wählerschaft nimmt der Optimismus wieder zu, bleibt mit 66 Prozent aber hinter dem Niveau von 2022 zurück.

Bei den ehemals überdurchschnittlich optimistischen Wählerinnen und Wählern der Union sank die Zuversicht zwischen Dezember 2022 und Juni 2023. Im Dezember 2023 bleibt die Zukunftszuversicht der Unionswählerschaft stabil auf dem Niveau vom Juni.

Am geringsten ausgeprägt ist die Zukunftszuversicht noch immer in der Wählerschaft der AfD. Nach einem deutlichen Anstieg von Dezember 2022 bis Juni 2023 sinkt der Optimismus der AfD-Wählerinnen und -Wähler wieder, bleibt aber über dem Niveau von 2022. Im Dezember 2023 blickt jede und jeder vierte AfD-Wählerin und -Wähler optimistisch in die Zukunft.

Abbildung 4: Zukunftsaussicht nach Parteipräferenz: „Man weiß ja nicht, was die Zukunft bringt, aber ich glaube, dass alles gut wird.“



Quellen: Umfragen 1039, 1040 und 1041 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent.
 Fehlende Werte zu 100 Prozent: Man weiß ja nicht, was die Zukunft bringt, aber ich habe häufig Angst vor dem, was kommen wird/weiß nicht/keine Angabe.
 Frage: „Welcher dieser beiden Aussagen stimmen Sie eher zu?“

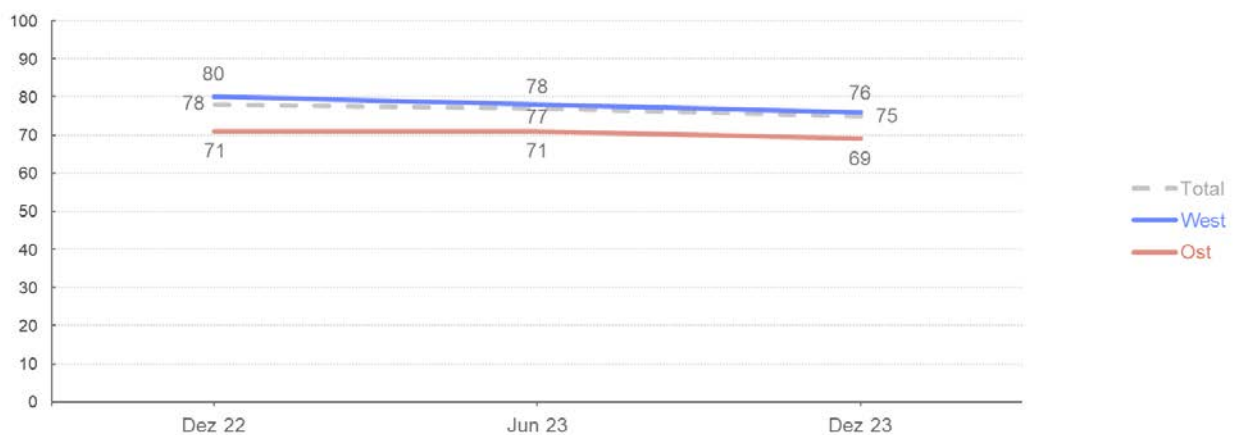
5. Institutionenvertrauen

Insgesamt ist das Institutionenvertrauen relativ stabil. Nur das Vertrauen in die Bundesregierung sinkt kontinuierlich. Das Vertrauen in den Bundestag verharrt auf niedrigem Niveau. In den Wählerschaften der SPD und der Union⁴ sinkt das Vertrauen in den Bundestag und in die Bundesregierung stetig.

Von allen erhobenen Institutionen wird der Polizei am meisten Vertrauen entgegengebracht. Drei Viertel der Deutschen sprechen der Polizei sehr großes oder großes Vertrauen aus. In Westdeutschland ist das Vertrauen in die Polizei etwas größer als in Ostdeutschland (76:69 Prozent). Seit Dezember 2022 hat sich das Vertrauen in die Polizei nicht bedeutsam verändert.

Es gibt nur geringe Bildungsunterschiede beim Vertrauen in die Polizei (ohne Abbildung). Seit Dezember 2022 ist das Vertrauen unter Personen mit mittlerer formaler Bildung leicht zurückgegangen. Dadurch vertraut diese Gruppe der Polizei im Dezember 2023 am wenigsten. Personen mit niedriger oder mit hoher formaler Bildung haben jetzt ein leicht höheres Vertrauen.

Abbildung 5: Vertrauen in die Polizei (Antworten: sehr großes/großes Vertrauen)

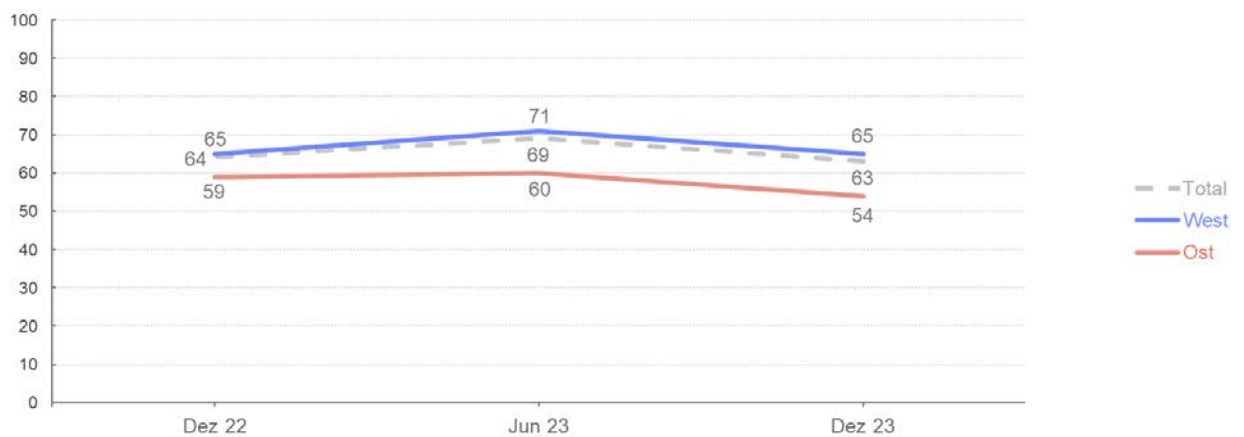


Quellen: Umfragen 1039, 1040 und 1041 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: wenig Vertrauen/gar kein Vertrauen/weiß nicht/keine Angabe. Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir für jede, wie viel Vertrauen Sie in sie haben.“

Auch das Vertrauen in die Gerichte ist relativ stabil. Zwischen Dezember 2022 und Juni 2023 stieg das Vertrauen leicht an. Im Dezember 2023 vertrauen mit 63 Prozent wieder ähnlich viele Menschen den Gerichten wie Ende 2022. In Westdeutschland ist das Vertrauen in die Gerichte durchgängig leicht höher als in Ostdeutschland (65:54 Prozent im Dezember 2023).

Das Vertrauen in die Gerichte unterscheidet sich deutlich zwischen den Bildungsgruppen (ohne Abbildung). Je höher der formale Bildungsabschluss ist, desto höher ist auch das Vertrauen in die Gerichte. Unter Personen mit niedriger formaler Bildung äußert Ende Dezember 2023 nur knapp jede und jeder Zweite sehr großes oder großes Vertrauen in die Gerichte. Bei Personen mit hohem formalem Bildungsabschluss liegt das Vertrauen in die Gerichte dagegen bei 80 Prozent.

Abbildung 6: Vertrauen in die Gerichte (Antworten: sehr großes/großes Vertrauen)

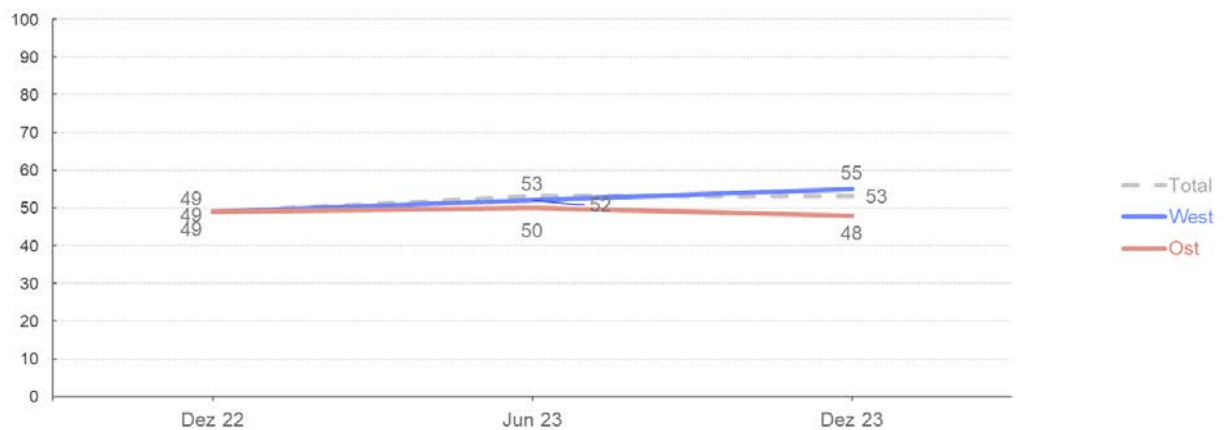


Quellen: Umfragen 1039, 1040 und 1041 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent.
Fehlende Werte zu 100 Prozent: wenig Vertrauen/gar kein Vertrauen/weiß nicht/keine Angabe.
Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir für jede, wie viel Vertrauen Sie in sie haben.“

Auch das Vertrauen in die Bundeswehr hat sich zwischen Dezember 2022 und Dezember 2023 nur wenig verändert. In Westdeutschland gibt es einen leichten Vertrauensanstieg (+6 Punkte). In Ostdeutschland ist das Vertrauen stabil geblieben. Dadurch hat sich eine West-Ost-Differenz entwickelt, die es im Dezember 2022 noch nicht gab. Ende 2023 ist das Vertrauen in die Bundeswehr in Westdeutschland leicht höher als in Ostdeutschland (55:48 Prozent).

Beim Vertrauen in die Bundeswehr findet sich ein umgekehrter Bildungseffekt (ohne Abbildung). Das geringste Vertrauen in die Bundeswehr weisen Ende 2023 Personen mit einem hohen formalen Bildungsabschluss auf. Personen mit niedrigem und mittlerem formalem Bildungsniveau unterscheiden sich Ende 2023 nicht voneinander.

Abbildung 7: Vertrauen in die Bundeswehr (Antworten: sehr großes/großes Vertrauen)

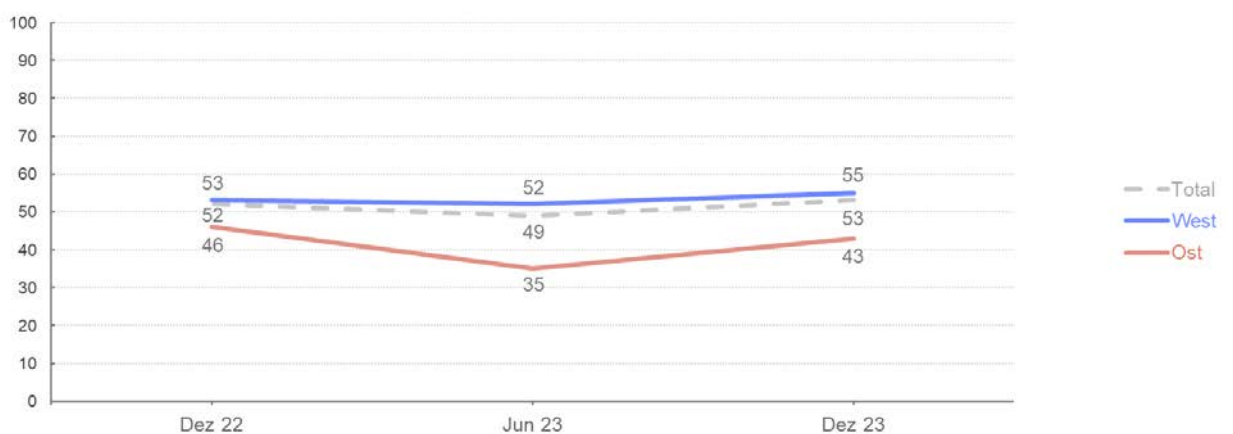


Quellen: Umfragen 1039, 1040 und 1041 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent.
Fehlende Werte zu 100 Prozent: wenig Vertrauen/gar kein Vertrauen/weiß nicht/keine Angabe.
Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir für jede, wie viel Vertrauen Sie in sie haben.“

In Westdeutschland hat sich das Vertrauen in öffentlich-rechtliche Medien wie ARD und ZDF über die drei Erhebungszeitpunkte nicht wesentlich verändert. In Ostdeutschland ist das Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Medien von Dezember 2022 bis Juni 2023 um 11 Punkte gesunken, dann bis Dezember 2023 aber wieder um 8 Punkte gestiegen. Dadurch vertrauen Ende 2023 wieder ähnlich viele (oder ähnlich wenige) Ostdeutsche den öffentlich-rechtlichen Medien wie Ende 2022. Das Vertrauen ist in Ostdeutschland durchgängig geringer als in Westdeutschland (43:55 Prozent im Dezember 2023).

Das Vertrauen in öffentlich-rechtliche Medien ist unter formal hoch Gebildeten am höchsten ausgeprägt (59 Prozent; ohne Abbildung). Unter Personen mit niedrigem und mittlerem formalem Bildungsabschluss vertraut nur knapp jede und jeder Zweite den öffentlich-rechtlichen Medien (49 und 46 Prozent).

Abbildung 8: Vertrauen in öffentlich-rechtliche Medien wie ARD und ZDF (Antworten: sehr großes/großes Vertrauen)



Quellen: Umfragen 1039, 1040 und 1041 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent.
Fehlende Werte zu 100 Prozent: wenig Vertrauen/gar kein Vertrauen/weiß nicht/keine Angabe.
Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir für jede, wie viel Vertrauen Sie in sie haben.“

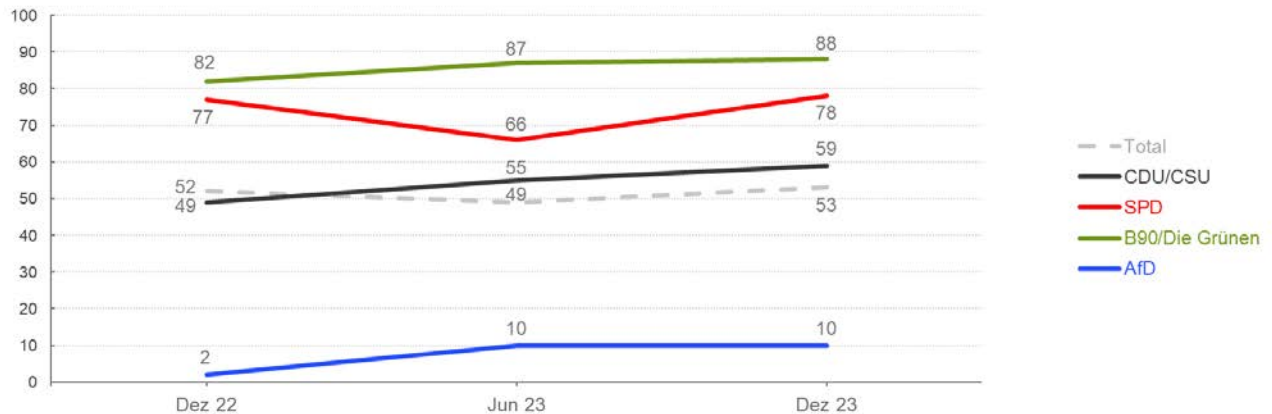
Einen Vertrauensknick im Juni 2023 gibt es auch bei den Wählerinnen und Wählern der SPD. Auch hier ist das Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Medien erst um 11 Punkte gesunken und dann wieder um 12 Punkte gestiegen. Ende 2023 liegt das Vertrauensniveau der SPD-Wählerschaft mit 78 Prozent wieder auf dem Niveau von 2022.

Das Vertrauen der Grünen-Wählerschaft in öffentlich-rechtliche Medien ist über die drei Erhebungszeitpunkte leicht gestiegen auf nun 88 Prozent. Damit ist das Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Medien in dieser Wählergruppe besonders groß.

In der Wählerschaft von CDU/CSU ist das Vertrauen mit einem Plus von 10 Punkten seit Dezember 2022 deutlich gestiegen. Ende 2023 vertrauen 59 Prozent der CDU/CSU-Wählerinnen und -Wähler den öffentlich-rechtlichen Medien.

Am geringsten ist das Vertrauen in öffentlich-rechtliche Medien noch immer in der AfD-Wählerschaft. Nach einem leichten Anstieg zwischen Dezember 2022 und Juni 2023 liegt das Vertrauen der AfD-Wählerinnen und -Wähler Ende 2023 konstant bei 10 Prozent.

Abbildung 9: Vertrauen in öffentlich-rechtliche Medien wie ARD und ZDF nach Parteipräferenz (Antworten: sehr großes/großes Vertrauen)

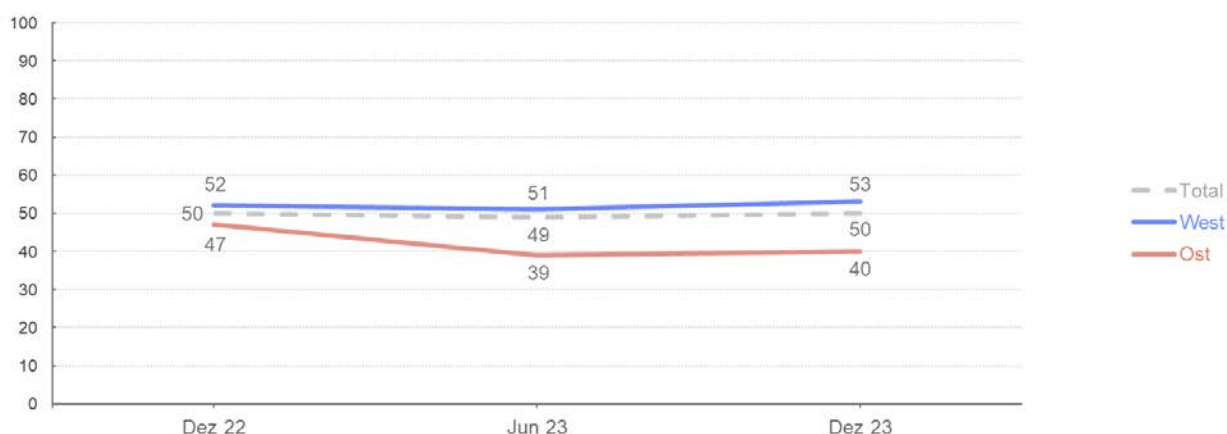


Quellen: Umfragen 1039, 1040 und 1041 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent.
 Fehlende Werte zu 100 Prozent: wenig Vertrauen/gar kein Vertrauen/weiß nicht/keine Angabe.
 Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir für jede, wie viel Vertrauen Sie in sie haben.“

Das Vertrauen in den Verfassungsschutz ist in Westdeutschland stabil. Gut die Hälfte der Westdeutschen hat sehr großes oder großes Vertrauen in den Verfassungsschutz. Dagegen ist das Vertrauen in Ostdeutschland zwischen Dezember 2022 und Juni 2023 gesunken und verharret seitdem auf diesem eher niedrigen Niveau von aktuell 40 Prozent.

Beim Vertrauen in den Verfassungsschutz gibt es einen Bildungseffekt (ohne Abbildung): Je höher das formale Bildungsniveau ist, desto höher ist auch das Vertrauen in den Verfassungsschutz. Zwischen Dezember 2022 und Dezember 2023 hat sich dieser Effekt verstärkt, weil das Vertrauen unter Personen mit niedrigem formalem Bildungsabschluss gesunken ist. Ende 2023 vertrauen 40 Prozent derjenigen mit niedriger formaler Bildung dem Verfassungsschutz. Dagegen vertrauen dem Verfassungsschutz 49 Prozent derjenigen mit mittlerem Abschluss und 58 Prozent derjenigen mit hohem Bildungsabschluss.

Abbildung 10: Vertrauen in den Verfassungsschutz (Antworten: sehr großes/großes Vertrauen)

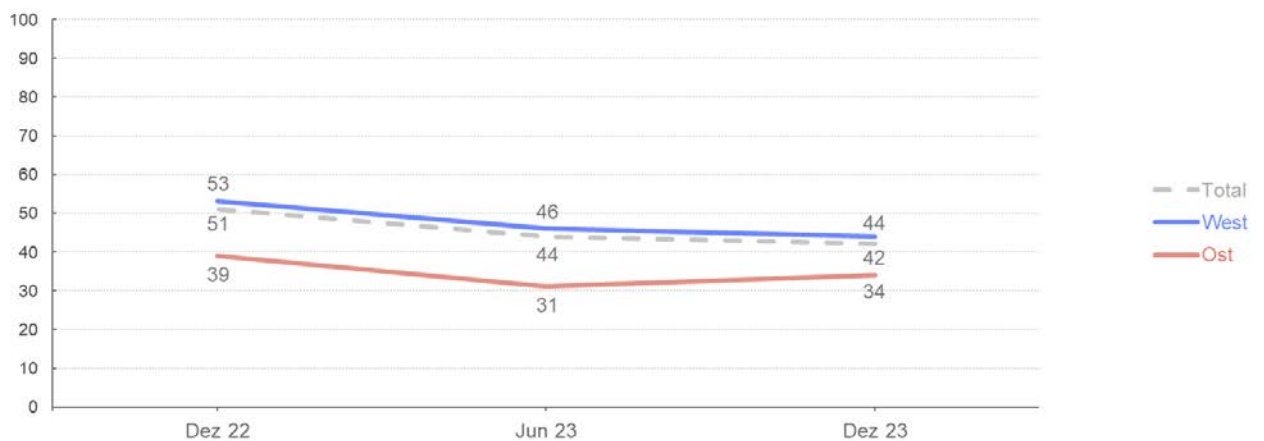


Quellen: Umfragen 1039, 1040 und 1041 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: wenig Vertrauen/gar kein Vertrauen/weiß nicht/keine Angabe. Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir für jede, wie viel Vertrauen Sie in sie haben.“

Das Vertrauen in den Bundestag sank zwischen Dezember 2022 und Juni 2023 sowohl in West- als auch in Ostdeutschland. In der aktuellen Erhebung von Dezember 2023 liegt das Vertrauen in den Bundestag auf einem ähnlichen Niveau wie im Juni. In Westdeutschland vertrauen aktuell 44 Prozent dem Deutschen Bundestag, in Ostdeutschland nur 34 Prozent.

Personen mit hohem formalem Bildungsabschluss vertrauen dem Bundestag häufiger als Personen mit niedrigem oder mittlerem formalem Bildungsabschluss (ohne Abbildung). In allen drei Gruppen ist das Vertrauen zwischen der ersten und der dritten Erhebung gesunken.

Abbildung 11: Vertrauen in den Deutschen Bundestag (Antworten: sehr großes/großes Vertrauen)



Quellen: Umfragen 1039, 1040 und 1041 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: wenig Vertrauen/gar kein Vertrauen/weiß nicht/keine Angabe. Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir für jede, wie viel Vertrauen Sie in sie haben.“

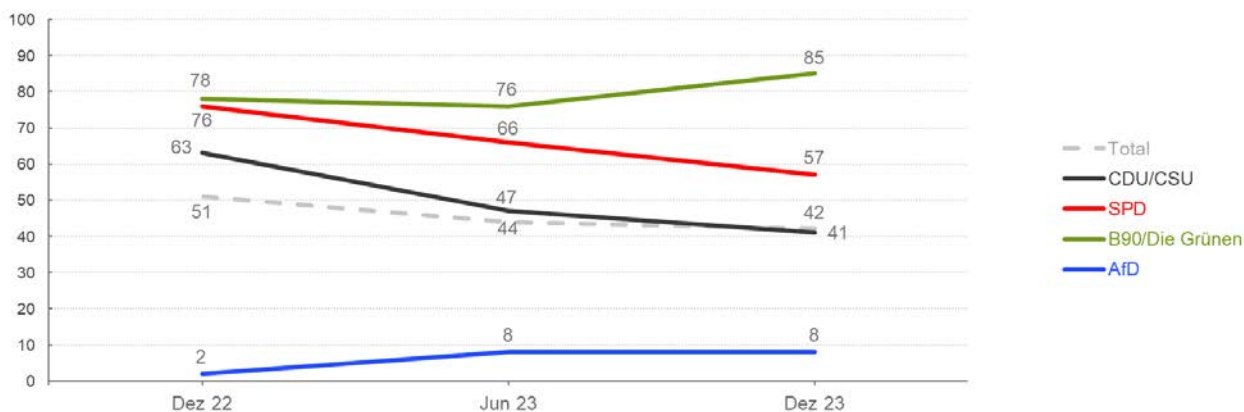
Einzig in der Wählerschaft der Grünen ist das Vertrauen in den Deutschen Bundestag gestiegen (+7 Punkte seit Dezember 2022). Mit 85 Prozent ist das Vertrauen in keiner anderen Wählerschaft so hoch wie bei den Wählerinnen und Wählern der Grünen.

In den Wählerschaften der SPD und der Union hingegen sinkt das Vertrauen in den Bundestag kontinuierlich über die Erhebungen. Im Dezember 2022 vertrauten noch 76 Prozent der SPD-Wählerschaft dem Deutschen Bundestag. Ende 2023 liegt das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler der SPD nur noch bei 57 Prozent. Das ist ein Minus von 19 Punkten in nur einem Jahr und das, obwohl die SPD die größte Fraktion im Bundestag stellt.

Bei den Wählerinnen und Wählern von CDU/CSU vertrauten Ende 2022 noch 63 Prozent dem Deutschen Bundestag. Im Dezember 2023 bringen nur noch 41 Prozent der Unionswählerschaft dem Bundestag sehr großes oder großes Vertrauen entgegen. Das entspricht einem Minus von 22 Punkten.

Kaum Veränderung gibt es hingegen bei der Wählerschaft der AfD, die zu allen drei Erhebungszeitpunkten das mit Abstand geringste Vertrauen in den Bundestag besitzt. Nur 8 Prozent der AfD-Wählerinnen und -Wähler äußern sehr großes oder großes Vertrauen in den Deutschen Bundestag (Dezember 2022: 2 Prozent).

Abbildung 12: Vertrauen in den Deutschen Bundestag nach Parteipräferenz (Antworten: sehr großes/großes Vertrauen)

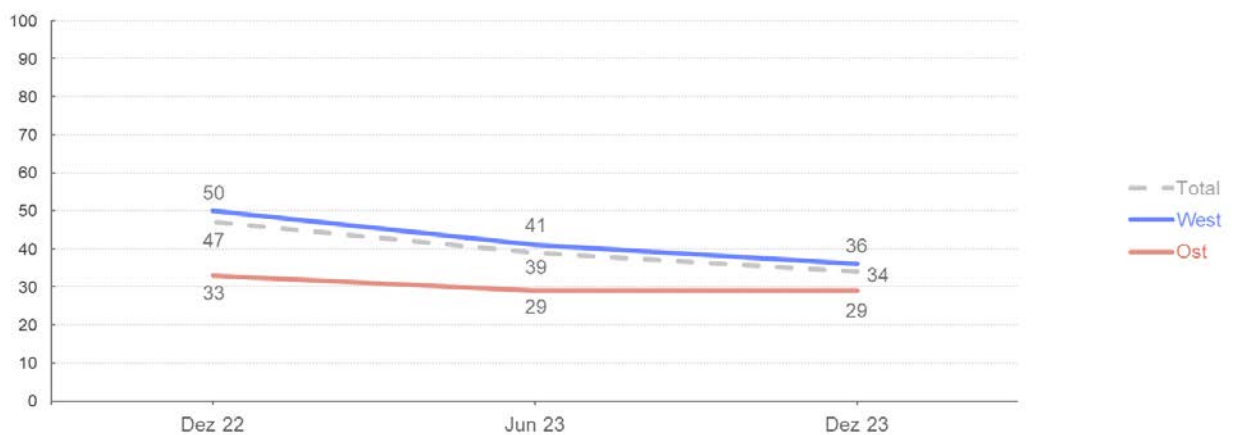


Quellen: Umfragen 1039, 1040 und 1041 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: wenig Vertrauen/gar kein Vertrauen/weiß nicht/keine Angabe. Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir für jede, wie viel Vertrauen Sie in sie haben.“

Das Vertrauen in die Bundesregierung ist seit Dezember 2022 kontinuierlich gesunken. Der gesamtdeutsche Rückgang wird dabei ausschließlich von einem Vertrauensverlust in Westdeutschland verursacht. Äußerten in der ersten Erhebung noch 50 Prozent der Westdeutschen sehr großes oder großes Vertrauen in die Bundesregierung, sind es Ende 2023 nur noch 36 Prozent. Das entspricht einem Rückgang um 14 Punkte. In Ostdeutschland verharrt das Vertrauen in die Regierung dagegen relativ stabil auf einem schon Ende 2022 niedrigen Niveau. In der aktuellen Erhebung vertrauen nur 29 Prozent der Ostdeutschen der Bundesregierung.

Personen mit hohem formalem Bildungsabschluss vertrauen der Bundesregierung häufiger als Personen mit niedrigem oder mittlerem formalem Bildungsabschluss (ohne Abbildung). In allen drei Gruppen ist das Vertrauen in die Bundesregierung zwischen der ersten und der dritten Erhebung gesunken.

Abbildung 13: Vertrauen in die Deutsche Bundesregierung (Antworten: sehr großes/großes Vertrauen)



Quellen: Umfragen 1039, 1040 und 1041 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: wenig Vertrauen/gar kein Vertrauen/weiß nicht/keine Angabe. Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir für jede, wie viel Vertrauen Sie in sie haben.“

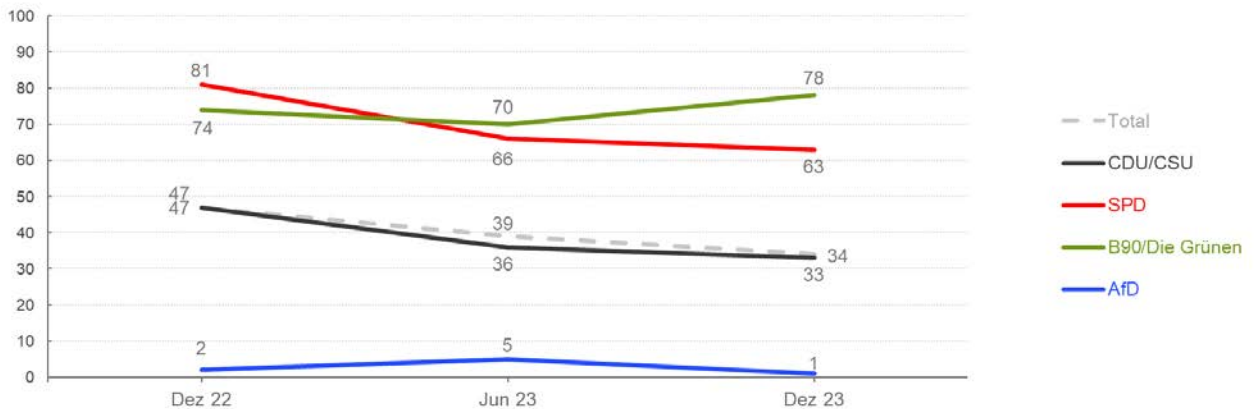
Ähnlich wie beim Vertrauen in den Deutschen Bundestag ist bei den Wählerinnen und Wählern der Grünen auch das Vertrauen in die Bundesregierung gestiegen. Zwischen Dezember 2022 und Juni 2023 ist das Vertrauen der Grünen-Wählerschaft in die Bundesregierung ganz leicht gesunken (-4 Punkte). Seitdem ist es wieder um 8 Punkte angestiegen. Ende 2023 vertrauen 78 Prozent der Grünen-Wählerinnen und -Wähler der Bundesregierung. Das ist der höchste Wert in allen untersuchten Wählergruppen.

Analog zum Vertrauen in den Deutschen Bundestag sinkt das Vertrauen in die Bundesregierung bei den Wählerschaften von SPD und Union mit jeder Erhebung. Ende 2022 äußerten die Wählerinnen und Wähler der SPD mit 81 Prozent besonders häufig Vertrauen in die Bundesregierung. Ende 2023 vertrauen nur noch 63 Prozent der SPD-Wählerschaft der (SPD-geführten) Bundesregierung (-18 Punkte).

Die Wählerschaft der Union war schon Ende 2022 etwas zurückhaltender bezüglich der Bundesregierung. Knapp jede und jeder zweite CDU/CSU-Wählerin und -Wähler vertraute der Bundesregierung. Ende 2023 gilt das nur noch für jede und jeden Dritten (-14 Punkte).

Die AfD-Wählerschaft besitzt durchgängig am wenigsten Vertrauen in die Bundesregierung. Nur 1 Prozent der AfD-Wählerinnen und -Wähler äußert im Dezember 2023 sehr großes oder großes Vertrauen in die Bundesregierung (Dezember 2022: 2 Prozent).

Abbildung 14: Vertrauen in die Deutsche Bundesregierung nach Parteipräferenz (Antworten: sehr großes/großes Vertrauen)

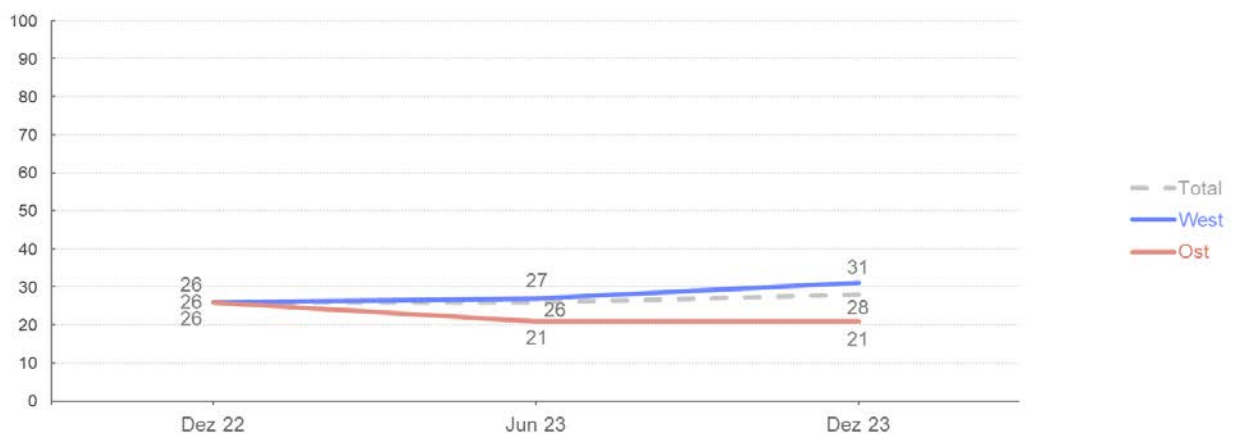


Quellen: Umfragen 1039, 1040 und 1041 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: wenig Vertrauen/gar kein Vertrauen/weiß nicht/keine Angabe. Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir für jede, wie viel Vertrauen Sie in sie haben.“

In Deutschland insgesamt bleibt das Vertrauen in Parteien auf unverändert niedrigem Niveau. Hinter der vermeintlichen Konstanz verbergen sich jedoch gegenläufige Entwicklungen in West- und Ostdeutschland. In Westdeutschland ist das Vertrauen in Parteien zwischen Dezember 2022 und Dezember 2023 von 26 auf 31 Prozent leicht gestiegen. In Ostdeutschland ist das Vertrauen dagegen von 26 auf 21 Prozent leicht gesunken. Gab es Ende 2022 keinen West-Ost-Unterschied, liegen jetzt 10 Punkte zwischen West- und Ostdeutschland.

Ende 2022 gab es beim Vertrauen in Parteien einen klaren, linearen Bildungseffekt (ohne Abbildung): Je höher das formale Bildungsniveau war, umso höher war das Vertrauen in Parteien. Ende 2023 ist das Vertrauen unter Personen mit niedriger formaler Bildung leicht gestiegen. Gleichzeitig ist das Vertrauen in Parteien unter Personen mit mittlerer formaler Bildung leicht gesunken. In der Folge unterscheiden sich Personen mit niedriger und mittlerer formaler Bildung nicht mehr in ihrem Vertrauen in Parteien. Nur unter Personen mit hoher formaler Bildung ist das Vertrauen konstant geblieben und liegt gut 10 Punkte höher als in den anderen beiden Bildungsgruppen.

Abbildung 15: Vertrauen in Parteien (Antworten: sehr großes/großes Vertrauen)



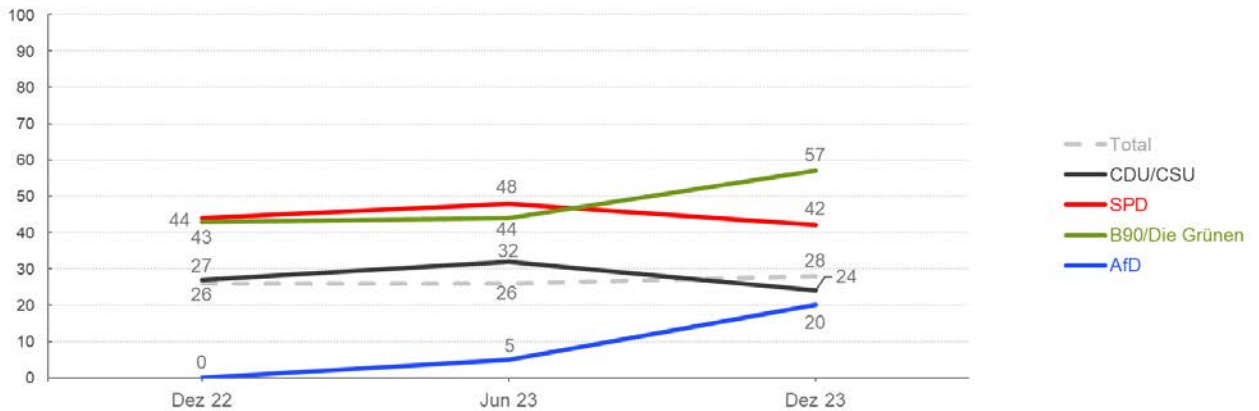
Quellen: Umfragen 1039, 1040 und 1041 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: wenig Vertrauen/gar kein Vertrauen/weiß nicht/keine Angabe. Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir für jede, wie viel Vertrauen Sie in sie haben.“

Auch gegenüber den Parteien wächst in der Wählerschaft der Grünen das Vertrauen. Äußerten Ende 2022 noch 43 Prozent der Grünen-Wählerschaft sehr großes oder großes Vertrauen in Parteien, gilt das Ende 2023 für ganze 57 Prozent. Das ist erneut der höchste Vertrauenswert in allen untersuchten Wählergruppen.

In den Wählerschaften der SPD und der Union gibt es dagegen wieder leichte Rückgänge. Nachdem in beiden Wählerschaften von Dezember 2022 zu Juni 2023 das Vertrauen in Parteien ganz leicht gestiegen war, sinkt es Ende 2023 wieder auf das Niveau von 2022. In der aktuellen Erhebung äußern 42 Prozent der SPD-Wählerschaft und 24 Prozent der Unionswählerschaft sehr großes oder großes Vertrauen in Parteien.

In der AfD-Wählerschaft steigt das Vertrauen in Parteien dagegen ähnlich stark an wie in der Grünen-Wählerschaft, wenn auch auf deutlich niedrigerem Niveau. Über die drei Erhebungen hinweg ist das Vertrauen in Parteien in der AfD-Wählerschaft von 0 Prozent Ende 2022 über 5 Prozent im Juni 2023 auf ganze 20 Prozent im Dezember 2023 angestiegen. Damit vertrauen aktuell ähnlich viele AfD- wie CDU/CSU-Wählerinnen und -Wähler den Parteien.

Abbildung 16: Vertrauen in Parteien nach Parteipräferenz (Antworten: sehr großes/großes Vertrauen)



Quellen: Umfragen 1039, 1040 und 1041 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: wenig Vertrauen/gar kein Vertrauen/weiß nicht/keine Angabe. Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir für jede, wie viel Vertrauen Sie in sie haben.“

6. Parteisympathie

Um jenseits der sogenannten Sonntagsfrage eine allgemeine Sympathie für oder Antipathie gegen die verschiedenen Parteien zu erfassen, wurde für alle im Bundestag vertretenen Parteien gefragt, ob der/die Befragte diese Partei sehr mag, etwas mag, sie ihm oder ihr gleichgültig ist, er oder sie die Partei etwas oder sehr ablehnt. Die Entwicklungen der Parteisympathie müssen vor dem Hintergrund sich verändernder Zustimmungswerte in der sogenannten Sonntagsfrage für einzelne Parteien betrachtet werden. In den vorliegenden Erhebungen gewinnt die Union in der Sonntagsfrage⁵ zwischen Dezember 2022 und Dezember 2023 leicht hinzu (ohne Abbildung). Die

SPD verliert deutlich, die Grünen verlieren leicht. FDP und Linke sind stabil in unserer Sonntagsfrage. Die AfD gewinnt deutlich hinzu.

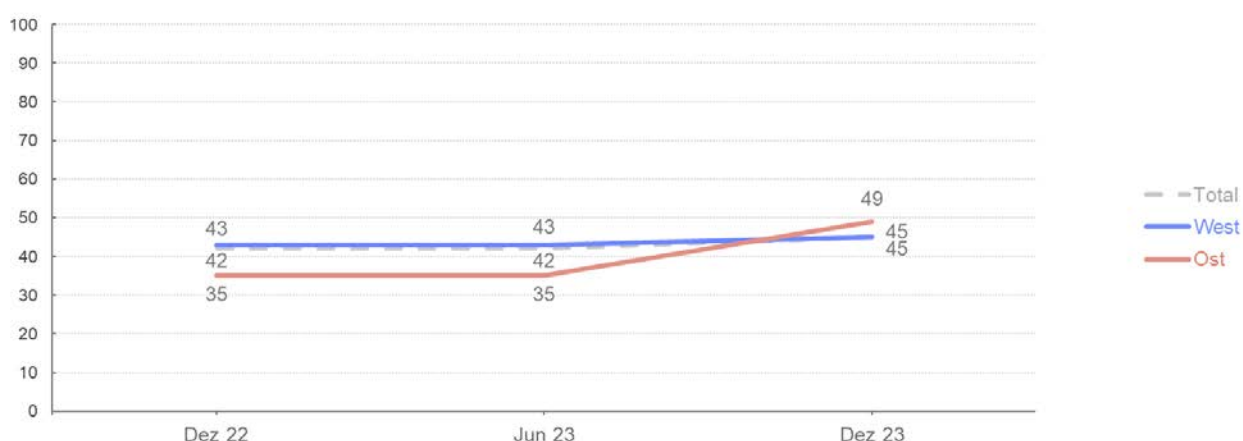
CDU und CSU können in Ostdeutschland deutlich an Sympathie gewinnen. Die Zuneigung der SPD-Wählerinnen und -Wähler für ihren Koalitionspartner von den Grünen lässt nach. Die FDP verliert in den Wählerschaften der SPD und der Grünen an Sympathien. Die im Juni 2023 neu entwickelte Zuneigung der AfD-Wählerschaft zu CDU und CSU findet sich auch im Dezember 2023. Die Sympathie der AfD-Wählerschaft für FDP und Linke lässt hingegen wieder nach.

In Westdeutschland ist die Sympathie für die CDU konstant. 45 Prozent der Westdeutschen geben Ende 2023 an, die CDU sehr oder etwas zu mögen. In Ostdeutschland war die Sympathie für die CDU Ende 2022 und im Juni 2023 geringer ausgeprägt als in Westdeutschland. Jetzt ist die Sympathie für die CDU in Ostdeutschland geringfügig höher als in Westdeutschland. Zwischen Juni und Dezember 2023 ist der Anteil der Ostdeutschen, die die CDU sehr oder etwas mögen, um 14 Punkte auf 49 Prozent gestiegen.

Die Ablehnung der CDU ist dabei relativ konstant geblieben (ohne Abbildung). 33 Prozent der Ostdeutschen lehnen die CDU sehr oder etwas ab (Dezember 2022: 34 Prozent). Dafür ist die Gleichgültigkeit gegenüber der CDU gesunken. Ende 2023 geben nur noch 16 Prozent der Ostdeutschen an, die CDU sei ihnen gleichgültig (Dezember 2022: 26 Prozent).

Bei Personen mit niedrigem und mit mittlerem formalem Bildungsabschluss ist die CDU-Sympathie zwischen der ersten und der dritten Erhebung gestiegen (ohne Abbildung). Dadurch ist die CDU nun bei Personen mit niedriger oder mittlerer formaler Bildung beliebter als bei formal hoch Gebildeten.

Abbildung 17: Parteisympathie: CDU (Antworten: mag ich sehr/mag ich etwas)



Quellen: Umfragen 1039, 1040 und 1041 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: ist mir gleichgültig/lehne ich etwas ab/lehne ich sehr ab/weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen? Wie denken Sie über die ...? Und wie denken Sie über ...?“

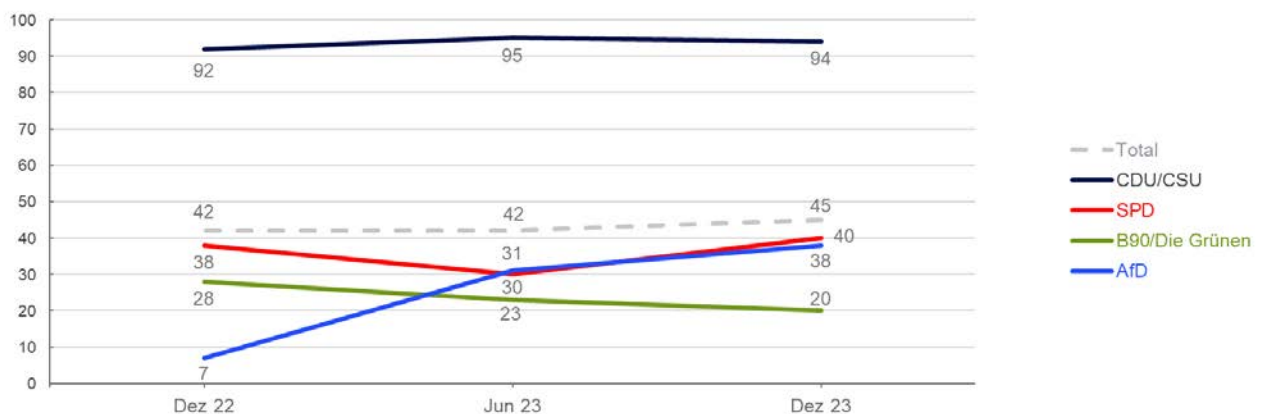
Die Sympathie der CDU/CSU-Wählerschaft für die CDU ist unverändert stark. Ende 2023 mögen 94 Prozent der Wählerinnen und Wähler von CDU/CSU die CDU sehr oder etwas.

Die CDU-Sympathie der SPD-Wählerschaft hatte sich zwischen Dezember 2022 und Juni 2023 etwas eingetrübt. Im Dezember 2023 steigt sie wieder auf das ursprüngliche Niveau an. 40 Prozent der SPD-Wählerinnen und -Wähler mögen die CDU sehr oder etwas.

Die Wählerschaft der Grünen steht der CDU zunehmend skeptisch gegenüber. Der Anteil an Grünen-Wählerinnen und -Wählern, die die CDU sehr oder etwas mögen, sinkt kontinuierlich. Ende 2023 mögen nur noch 20 Prozent der Grünen-Wählerschaft die CDU (Dezember 2022: 28 Prozent).

Insgesamt gibt es innerhalb der AfD-Wählerschaft in Bezug auf die Haltung zur CDU eine zunehmende Polarisierung. Die Sympathie der AfD-Wählerschaft für die CDU steigt kontinuierlich. Im Dezember 2023 geben 38 Prozent der AfD-Wählerschaft an, die CDU sehr oder etwas zu mögen (Dezember 2022: 7 Prozent). Zugleich sinkt der Anteil an AfD-Wählerinnen und -Wählern, denen die CDU gleichgültig ist, deutlich (ohne Abbildung). Nur noch 11 Prozent der AfD-Wählerschaft stehen der CDU gleichgültig gegenüber (Dezember 2022: 32 Prozent). Die Ablehnung der CDU vonseiten der AfD-Wählerschaft sinkt leicht von 58 auf 51 Prozent.

Abbildung 18: Parteisympathie: CDU nach Parteipräferenz (Antworten: mag ich sehr/mag ich etwas)



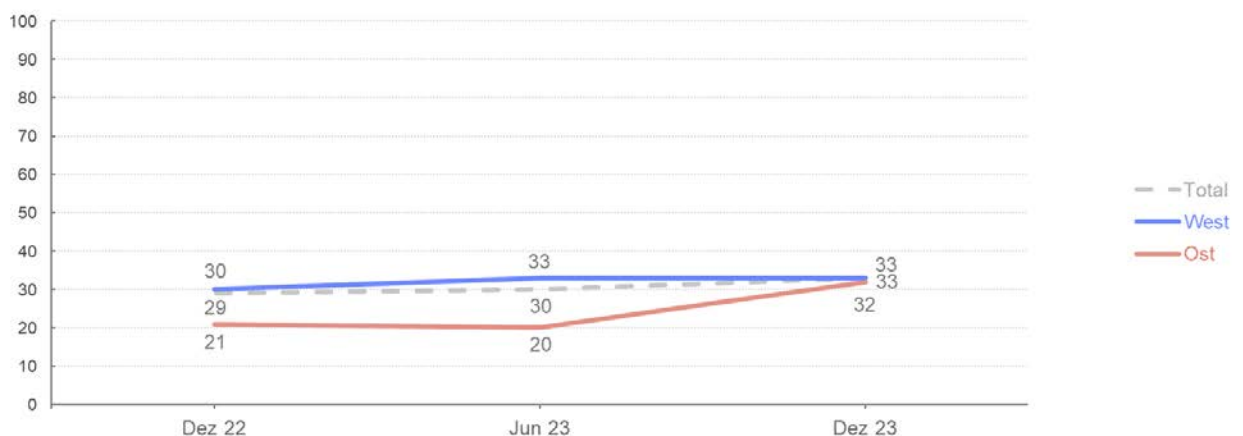
Quellen: Umfragen 1039, 1040 und 1041 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: ist mir gleichgültig/lehne ich etwas ab/lehne ich sehr ab/weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen? Wie denken Sie über die ...? Und wie denken Sie über ...?“

Ein ähnliches Bild wie bei der CDU zeigt sich auch bei der Sympathie für die CSU. Der Anteil an Westdeutschen, die die CSU sehr oder etwas mögen, liegt konstant bei rund 30 Prozent. In Ostdeutschland ist die Sympathie für die CSU dagegen gestiegen. Im Dezember 2022 und Juni 2023 lag die Sympathie für die CSU bei etwa 20 Prozent. Ende 2023 steigt der Anteil an Ostdeutschen, die die CSU sehr oder etwas mögen, auf 32 Prozent. Auch hier sinkt die Gleichgültigkeit (ohne Abbildung). 28 Prozent der Ostdeutschen sind der CSU gegenüber gleichgültig (Dezember 2022: 34 Prozent). 37 Prozent der Ostdeutschen lehnen die CSU sehr oder etwas ab (Dezember 2022: 39 Prozent).

Bezüglich der Bildungseffekte zeigt sich bei der CSU ein ganz ähnliches Muster wie bei der CDU (ohne Abbildung). Unter Personen mit niedriger oder mittlerer formaler Bildung ist die Sympathie für die CSU gestiegen. Unter Personen mit hoher formaler Bildung ist sie dagegen gesunken. Die Sympathie für die CSU ist jetzt höher bei Personen mit niedrigem oder mittlerem Bildungsabschluss als bei Personen mit hohem Bildungsabschluss.

Abbildung 19: Parteisympathie: CSU (Antworten: mag ich sehr/mag ich etwas)



Quellen: Umfragen 1039, 1040 und 1041 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: ist mir gleichgültig/lehne ich etwas ab/lehne ich sehr ab/weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen? Wie denken Sie über die ...? Und wie denken Sie über ...?“

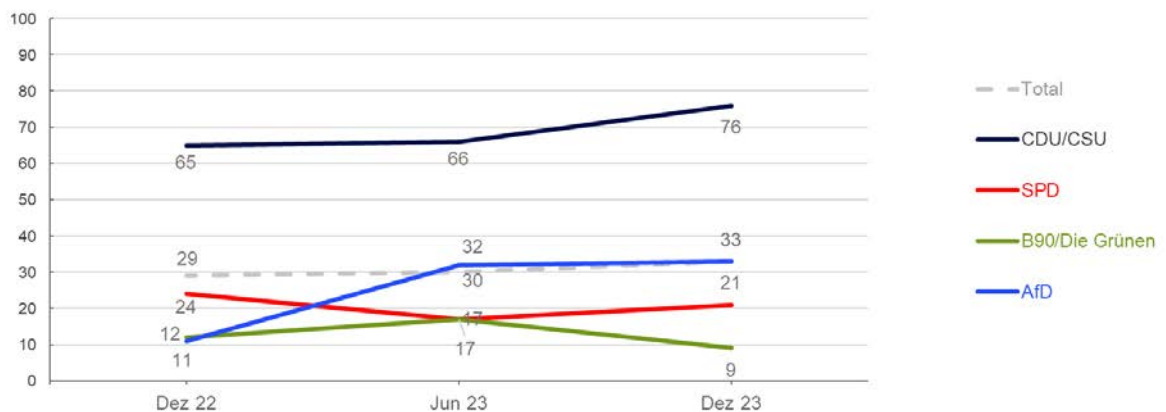
Die Sympathie der CDU/CSU-Wählerschaft für die CSU ist geringer ausgeprägt als für die CDU, steigt aber zwischen Juni und Dezember 2023 deutlich an. Zu den ersten beiden Erhebungszeitpunkten mochten rund zwei Drittel der CDU/CSU-Wählerschaft die CSU. Ende 2023 mögen gut drei Viertel der Unionswählerschaft die CSU sehr oder etwas.

Ähnlich wie bei der CDU ist auch die Sympathie für die CSU bei den Wählerinnen und Wählern der SPD zwischen Dezember 2022 und Juni 2023 gesunken, um dann wieder leicht anzusteigen. Ende 2023 mögen 21 Prozent der SPD-Wählerinnen und -Wähler die CSU.

Umgekehrt verhält es sich bei der Wählerschaft der Grünen. Der Anteil an Grünen-Wählerinnen und -Wählern, die die CSU sehr oder etwas mögen, ist zwischen den ersten beiden Erhebungen gestiegen, dann aber wieder auf ein ähnliches Niveau wie im Dezember 2022 gesunken. 9 Prozent der Grünen-Wählerschaft mögen im Dezember 2023 die CSU sehr oder etwas.

Wie schon bei der CDU ist auch die Sympathie für die CSU in der AfD-Wählerschaft gestiegen. In der ersten Erhebung mochten nur 11 Prozent der AfD-Wählerschaft die CSU. Im Juni 2023 stieg dieser Anteil auf etwa ein Drittel. Auf diesem Niveau hat sich die CSU-Sympathie der AfD-Wählerinnen und -Wähler vorerst stabilisiert.

Abbildung 20: Parteisympathie: CSU nach Parteipräferenz (Antworten: mag ich sehr/mag ich etwas)



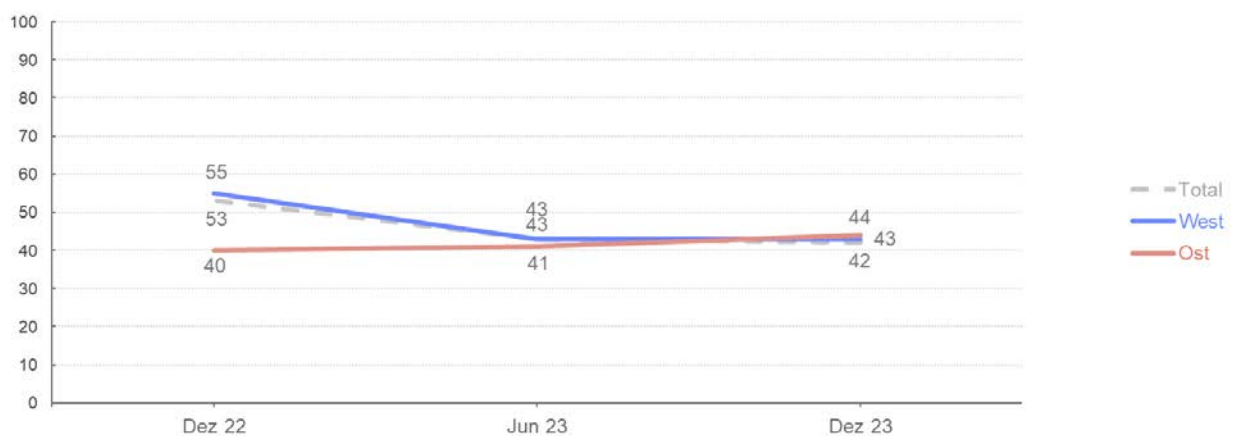
Quellen: Umfragen 1039, 1040 und 1041 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: ist mir gleichgültig/lehne ich etwas ab/lehne ich sehr ab/weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen? Wie denken Sie über die ...? Und wie denken Sie über ...?“

Im Gegensatz zu CDU und CSU ist die Sympathie für die SPD in Ostdeutschland seit Dezember 2022 konstant. Gut 40 Prozent der Ostdeutschen mögen die SPD sehr oder etwas. In Westdeutschland ist die Sympathie für die SPD zwischen der ersten und der zweiten Erhebung von 55 Prozent auf 43 Prozent zurückgegangen. In der dritten Erhebung stagniert die Sympathie der Westdeutschen für die SPD bei 42 Prozent. Die Gleichgültigkeit der Westdeutschen gegenüber der SPD ist dabei zwischen Dezember 2022 und Dezember 2023 stabil geblieben (ohne Abbildung). 20 Prozent der Westdeutschen geben Ende 2023 an, die SPD sei ihnen gleichgültig (Dezember 2022: 21 Prozent). Dagegen ist die Ablehnung der Westdeutschen gestiegen. 34 Prozent der Westdeutschen lehnen die SPD sehr oder etwas ab (Dezember 2022: 21 Prozent).

Die Sympathie für die SPD ist bei Personen mit niedriger oder mittlerer formaler Bildung besonders stark gesunken (ohne Abbildung). Sie hat also vor allem in den Gruppen Sympathien verloren, in denen CDU und CSU hinzugewonnen haben. Unter Personen mit hoher formaler Bildung hat die SPD zwar auch an Sympathie verloren, jedoch weniger stark als in den anderen Bildungsgruppen. Personen mit hohem Bildungsabschluss bringen der SPD jetzt mehr Sympathie entgegen als Personen mit niedrigem oder mittlerem Bildungsabschluss.

Abbildung 21: Parteisympathie: SPD (Antworten: mag ich sehr/mag ich etwas)



Quellen: Umfragen 1039, 1040 und 1041 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: ist mir gleichgültig/lehne ich etwas ab/lehne ich sehr ab/weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen? Wie denken Sie über die ...? Und wie denken Sie über ...?“

Nachdem die Sympathie der SPD-Wählerschaft für die SPD zwischen der ersten und der zweiten Erhebung gesunken war, ist sie bei der dritten Erhebung wieder auf das ursprüngliche Niveau angestiegen. 94 Prozent der SPD-Wählerschaft mögen die SPD sehr oder etwas. Dabei sei daran erinnert, dass die SPD in der Sonntagsfrage deutlich verloren hat, die Gruppe der SPD-Wählerinnen und -Wähler also deutlich geschrumpft ist.

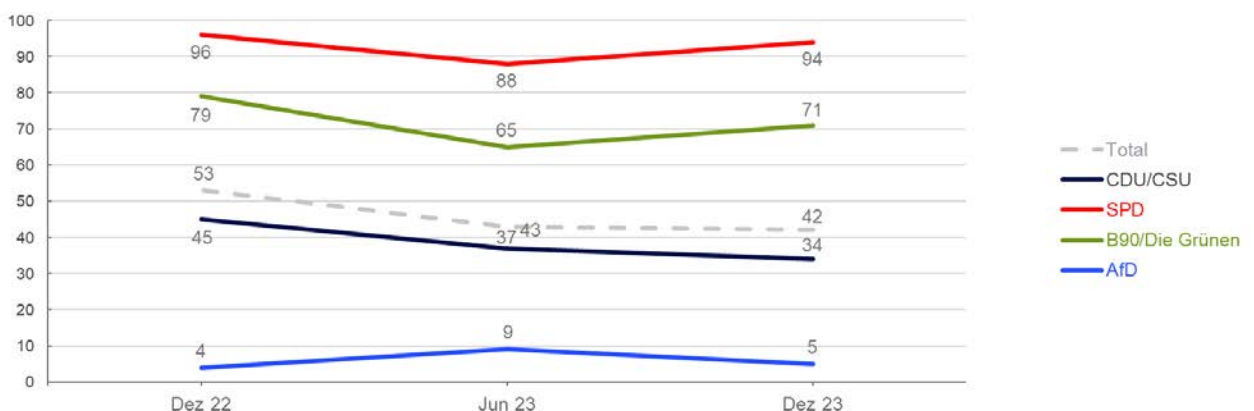
71 Prozent der Wählerinnen und Wähler der Grünen mögen die SPD. Zwischen Dezember 2022 und Juni 2023 war die Sympathie der Grünen-Wählerschaft für die SPD deutlich gesunken. Im Dezember 2023 ist die Sympathie der Grünen-Wählerinnen und -Wähler für die SPD zwar wieder gestiegen, erreicht aber nicht das Niveau von 2022.

Im Vergleich zu 2020, als noch die Große Koalition regierte, befindet sich die Sympathie der Grünen-Wählerschaft aber immer noch auf einem hohen Niveau. 2020 mochten nur 52 Prozent der Grünen-Wählerschaft die SPD (für Vergleiche mit 2020 s. Neu/Pokorny 2021). Erst mit dem Beginn der Ampel-Koalition nach der Bundestagswahl 2021 stieg die Sympathie der Grünen-Wählerinnen und -Wähler für die SPD auf 77 Prozent an.⁶

In der CDU/CSU-Wählerschaft sinkt die Sympathie für die SPD kontinuierlich. Mochten im Dezember 2022 noch 45 Prozent der CDU/CSU-Wählerschaft die SPD, sind es Ende 2023 nur noch 34 Prozent.

In der Wählerschaft der AfD ist die Sympathie für die SPD unverändert niedrig. Ende 2023 mögen nur 5 Prozent der AfD-Wählerinnen und -Wähler die SPD. Gleichzeitig ist aber der Anteil an AfD-Wählerinnen und -Wählern, denen die SPD gleichgültig ist, auf 11 Prozent gesunken (Dezember 2022: 24 Prozent; ohne Abbildung). Stattdessen ist die Ablehnung der SPD in der AfD-Wählerschaft auf 83 Prozent gestiegen (Dezember 2022: 72 Prozent).

Abbildung 22: Parteisympathie: SPD nach Parteipräferenz (Antworten: mag ich sehr/mag ich etwas)



Quellen: Umfragen 1039, 1040 und 1041 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: ist mir gleichgültig/lehne ich etwas ab/lehne ich sehr ab/weiß nicht/keine Angabe.

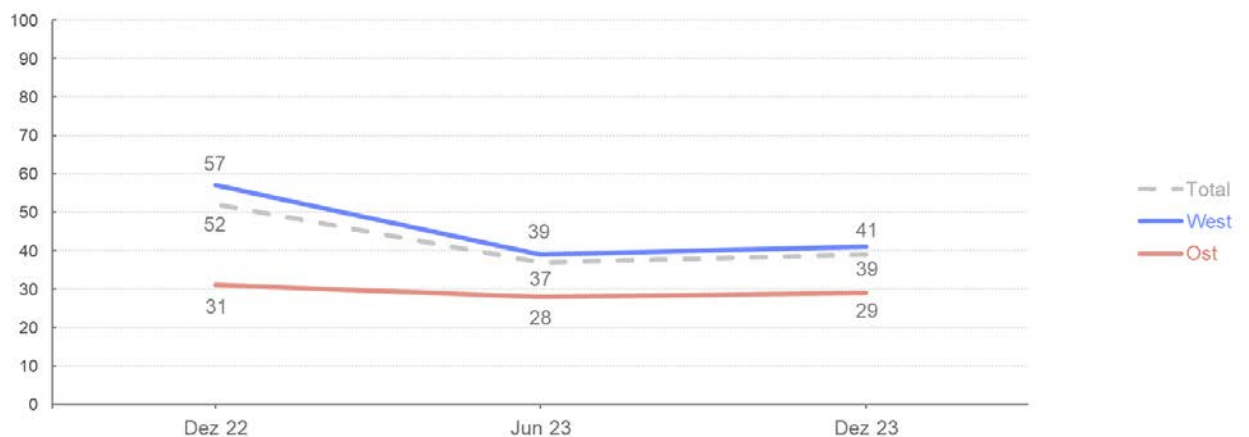
Frage: „Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen? Wie denken Sie über die ...? Und wie denken Sie über ...?“

Ähnlich wie bei der SPD ist die Sympathie der Ostdeutschen für die Grünen stabil. Knapp 30 Prozent der Ostdeutschen mögen die Grünen sehr oder etwas. In Westdeutschland haben die Grünen dagegen zwischen der ersten und der zweiten Erhebung deutlich an Sympathie eingebüßt. In der dritten Erhebung hat sich die Sympathie der Westdeutschen für die Grünen stabilisiert und liegt bei 41 Prozent.

Die Gleichgültigkeit der Westdeutschen gegenüber den Grünen ist dabei zwischen Dezember 2022 und Dezember 2023 nur geringfügig angestiegen von 9 Prozent auf 13 Prozent (ohne Abbildung). Dafür hat die Ablehnung der Grünen in Westdeutschland im selben Zeitraum von 31 Prozent auf 43 Prozent zugenommen.

Die Grünen haben in allen Bildungsgruppen Sympathie eingebüßt (ohne Abbildung). Unter formal hoch Gebildeten ist der Anteil derjenigen, die die Grünen sehr oder etwas mögen, durchgängig höher als unter Personen mit niedriger oder mittlerer formaler Bildung.

Abbildung 23: Parteisympathie: Bündnis 90/Die Grünen (Antworten: mag ich sehr/mag ich etwas)



Quellen: Umfragen 1039, 1040 und 1041 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: ist mir gleichgültig/lehne ich etwas ab/lehne ich sehr ab/weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen? Wie denken Sie über die ...? Und wie denken Sie über ...?“

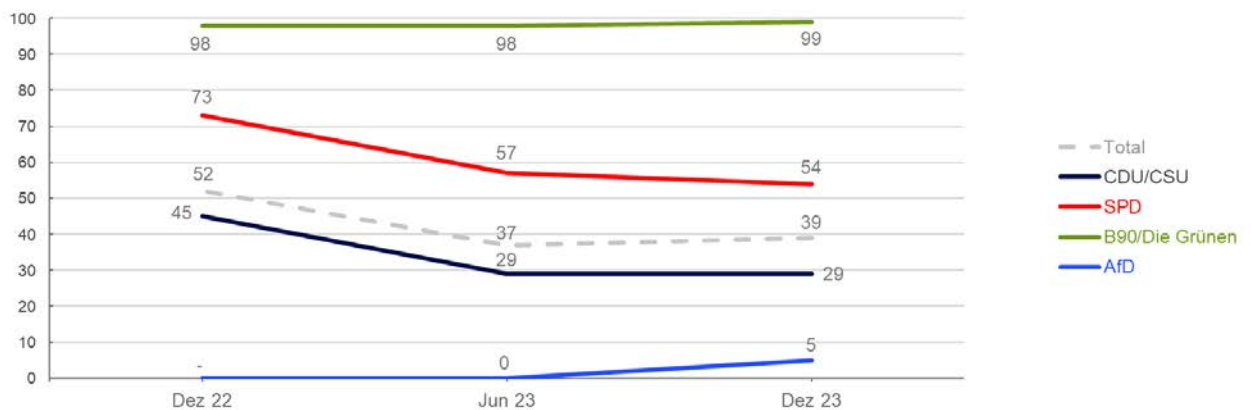
Der Rückhalt der Grünen in der eigenen Wählerschaft ist ungebrochen, auch wenn die Gruppe der Grünen-Wählerinnen und -Wähler kleiner geworden ist. 99 Prozent der Wählerinnen und Wähler der Grünen mögen die Partei sehr oder etwas.

In der Wählerschaft der SPD haben die Grünen dagegen deutlich an Rückhalt verloren. Ende 2022 mochten noch knapp drei Viertel der SPD-Wählerschaft die Grünen. Ende 2023 gilt das nur noch für gut die Hälfte.

Ein Vergleich mit 2020 und 2021 legt jedoch nahe, dass es sich hierbei um eine Art Normalisierung handelt. 2020 mochten 57 Prozent der SPD-Wählerschaft die Grünen (ohne Abbildung). Das entspricht etwa dem aktuellen Niveau. Mit dem Eintritt in eine gemeinsame Ampel-Regierung 2021 stieg die Sympathie der SPD-Wählerschaft für die Grünen auf 68 Prozent. Diese nach der Bundestagswahl neu gewonnene Sympathie ist inzwischen offenbar wieder auf ein Normalmaß geschrumpft.

Auch in der Wählerschaft der Union ist die Sympathie für die Grünen zwischen der ersten und der zweiten Erhebung deutlich von 45 Prozent auf 29 Prozent gesunken. Auf diesem Niveau hat sich die Sympathie der CDU/CSU-Wählerschaft für die Grünen bei der dritten Erhebung stabilisiert.

Abbildung 24: Parteisympathie: Bündnis 90/Die Grünen nach Parteipräferenz (Antworten: mag ich sehr/mag ich etwas)



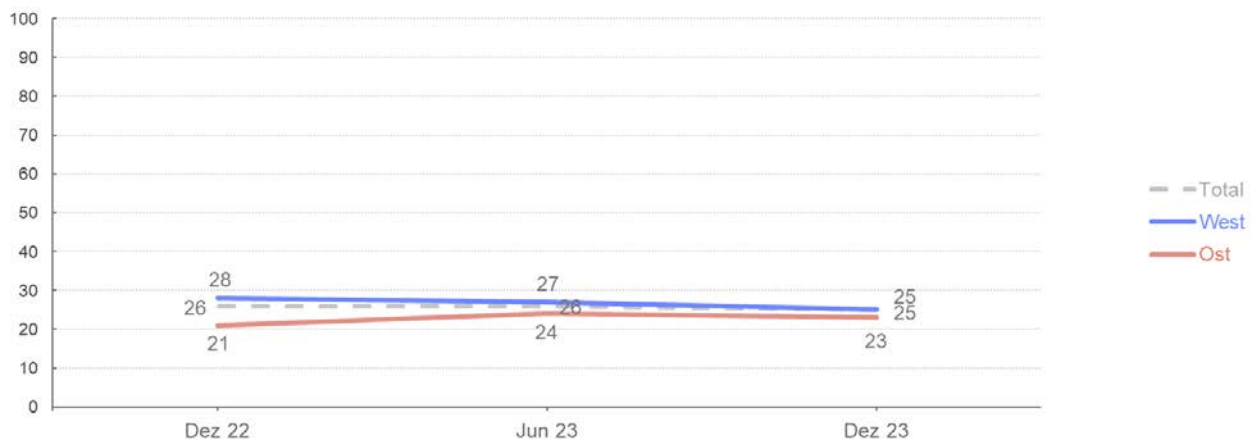
Quellen: Umfragen 1039, 1040 und 1041 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: ist mir gleichgültig/lehne ich etwas ab/lehne ich sehr ab/weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen? Wie denken Sie über die ...? Und wie denken Sie über ...?“

Die Sympathie für die FDP hat sich weder in Ost- noch in Westdeutschland wesentlich verändert. Im Dezember 2022 gab es für die FDP noch etwas mehr Sympathie in West- als in Ostdeutschland. Der ohnehin geringe Unterschied hat sich weiter verringert. Ende 2023 mag rund ein Viertel der Ost- und der Westdeutschen die FDP.

Bei der Sympathie für die FDP haben sich die Bildungsunterschiede im Untersuchungszeitraum nivelliert (ohne Abbildung). Im Dezember 2022 war die Sympathie für die FDP (wie schon für die Grünen) unter formal hoch Gebildeten stärker ausgeprägt als in den anderen beiden Bildungsgruppen. Seitdem hat die FDP aber bei den formal hoch Gebildeten an Sympathie verloren. Im Dezember 2023 gibt es keine Bildungsunterschiede mehr bezüglich der Sympathie für die FDP.

Abbildung 25: Parteisympathie: FDP (Antworten: mag ich sehr/mag ich etwas)



Quellen: Umfragen 1039, 1040 und 1041 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: ist mir gleichgültig/lehne ich etwas ab/lehne ich sehr ab/weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen? Wie denken Sie über die ...? Und wie denken Sie über ...?“

Aufgrund der zu geringen Anzahl an FDP-Wählerinnen und -Wählern in der Umfrage kann die Sympathie der eigenen Wählerschaft für die FDP nicht untersucht werden.

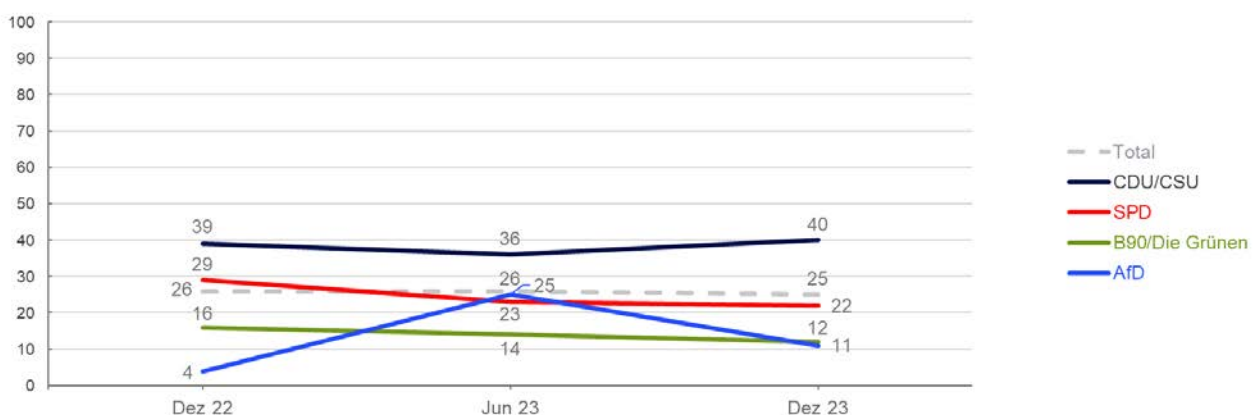
In der CDU/CSU-Wählerschaft hat sich die Sympathie für die FDP über den gesamten Erhebungszeitraum nicht nennenswert verändert. Vier von zehn Wählerinnen und Wählern der Union mögen die FDP sehr oder etwas.

In den Wählerschaften der SPD und der Grünen ist die Sympathie für die FDP leicht, aber stetig gesunken. Im Dezember 2022 mochten noch 29 Prozent der SPD-Wählerinnen und -Wähler die FDP. Ein Jahr später sagen das nur noch 22 Prozent. Das sind immer noch mehr als 2020. Ein Jahr vor der Bundestagswahl mochten nur 17 Prozent der SPD-Wählerschaft die FDP (ohne Abbildung). Erst durch die gemeinsame Regierung 2021 entdeckten 36 Prozent der Wählerinnen und Wähler ihre Sympathie für den neuen Partner. Ähnlich wie schon bei den Grünen setzt auch bei der FDP nach der anfänglichen Euphorie über die neue Regierung eine Normalisierung ein.

Das gilt auch für die Grünen-Wählerschaft. 2020 gaben nur 13 Prozent der Wählerinnen und Wähler der Grünen an, die FDP sehr oder etwas zu mögen (ohne Abbildung). Nach der Bundestagswahl 2021 stieg der Anteil auf 28 Prozent. Im Dezember 2022 äußerten dann nur noch 16 Prozent der Grünen-Wählerschaft Sympathie für die FDP. In der aktuellen Erhebung Ende 2023 sinkt die Sympathie weiter. Nur noch etwa eine/einer von zehn Grünen-Wählerinnen und -Wählern mag die FDP.

Über die drei Erhebungen verändern die Wählerinnen und Wähler der AfD am stärksten ihre Haltung zur FDP. Zwischen Dezember 2022 und Juni 2023 stieg die Sympathie der AfD-Wählerschaft für die FDP stark an: von 4 Prozent auf 26 Prozent. Diese neugewonnene Zuneigung hält jedoch nicht lange an. Im Dezember 2023 sinkt der Anteil an Wählerinnen und Wählern der AfD, die die FDP sehr oder etwas mögen, wieder auf 11 Prozent.

Abbildung 26: Parteisympathie: FDP nach Parteipräferenz (Antworten: mag ich sehr/mag ich etwas)



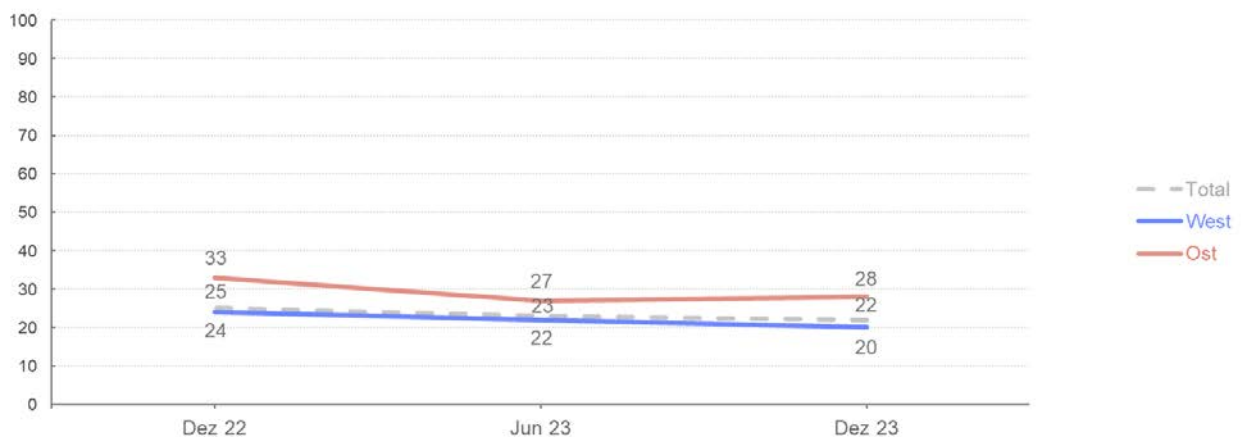
Quellen: Umfragen 1039, 1040 und 1041 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: ist mir gleichgültig/lehne ich etwas ab/lehne ich sehr ab/weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen? Wie denken Sie über die ...? Und wie denken Sie über ...?“

Die Sympathie für die Linke geht in Ostdeutschland leicht zurück. Im Dezember 2022 mochten 33 Prozent der Ostdeutschen die Linke sehr oder etwas. Ende 2023 sagen das noch 28 Prozent der Ostdeutschen. In Westdeutschland hat sich die Sicht auf die Linke nicht wesentlich verändert. In der aktuellen Erhebung mögen 20 Prozent der Westdeutschen die Linke.

Im Dezember 2023 gibt es einen leichten, linearen Bildungseffekt: Je höher das formale Bildungsniveau ist, desto stärker ist die Sympathie für die Linke ausgeprägt (ohne Abbildung). Unter Personen mit niedriger und mit hoher formaler Bildung hat die Linke leicht an Sympathie verloren. Unter Personen mit mittlerer formaler Bildung ist die Sympathie für die Linke konstant geblieben.

Abbildung 27: Parteisympathie: Die Linke (Antworten: mag ich sehr/mag ich etwas)



Quellen: Umfragen 1039, 1040 und 1041 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: ist mir gleichgültig/lehne ich etwas ab/lehne ich sehr ab/weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen? Wie denken Sie über die ...? Und wie denken Sie über ...?“

Wie schon bei der FDP gilt auch bei der Linken, dass es nicht möglich ist, die Sympathie der eigenen Wählerschaft für die Linke zu untersuchen, da diese Gruppe in der vorliegenden Umfrage zu klein ist.

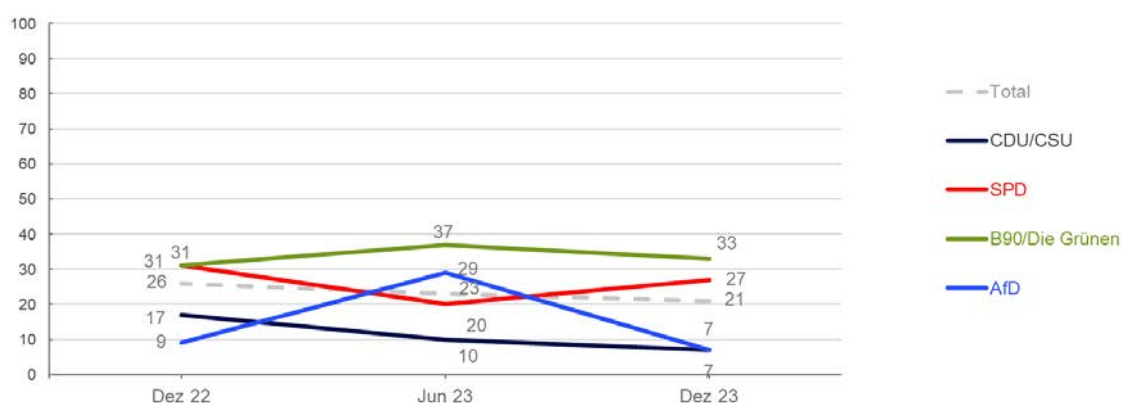
Am meisten Sympathie für die Linke besitzen die Wählerinnen und Wähler der Grünen. Zwischen Dezember 2022 und Juni 2023 stieg der Anteil an Grünen-Wählerinnen und -Wählern, die die Linke sehr oder etwas mögen, von 31 Prozent auf 37 Prozent leicht an. Ende 2023 sinkt der Anteil wieder geringfügig auf 33 Prozent.

Der Anteil an SPD-Wählerinnen und -Wählern, die die Linke mögen, war zwischen der ersten und der zweiten Erhebung von 31 Prozent auf 23 Prozent gesunken. In der dritten Erhebung gibt es wieder einen ganz leichten Anstieg. Ende 2023 mögen 27 Prozent der SPD-Wählerschaft die Linke sehr oder etwas.

In der Wählerschaft der Union war die Sympathie für die Linke noch nie sehr groß ausgeprägt. Im Dezember 2022 mochten 17 Prozent der Wählerinnen und Wähler von CDU/CSU die Linke. Dieser Anteil ist seither stetig gesunken. Ende 2023 mögen nur noch 7 Prozent der CDU/CSU-Wählerschaft die Linke.

Die Sympathie der AfD-Wählerschaft für die Linke entwickelt sich ähnlich wie ihre Sympathie für die FDP. Zwischen der ersten und der zweiten Erhebung steigt der Anteil an AfD-Wählerinnen und -Wählern, die die Linke sehr oder etwas mögen, von 9 Prozent auf 29 Prozent deutlich an. Ende 2023 sinkt dieser Anteil wieder auf 7 Prozent. Auch hier war die Sympathie der AfD-Wählerschaft nur von kurzer Dauer.

Abbildung 28: Parteisympathie: Die Linke nach Parteipräferenz (Antworten: mag ich sehr/mag ich etwas)



Quellen: Umfragen 1039, 1040 und 1041 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: ist mir gleichgültig/lehne ich etwas ab/lehne ich sehr ab/weiß nicht/keine Angabe.

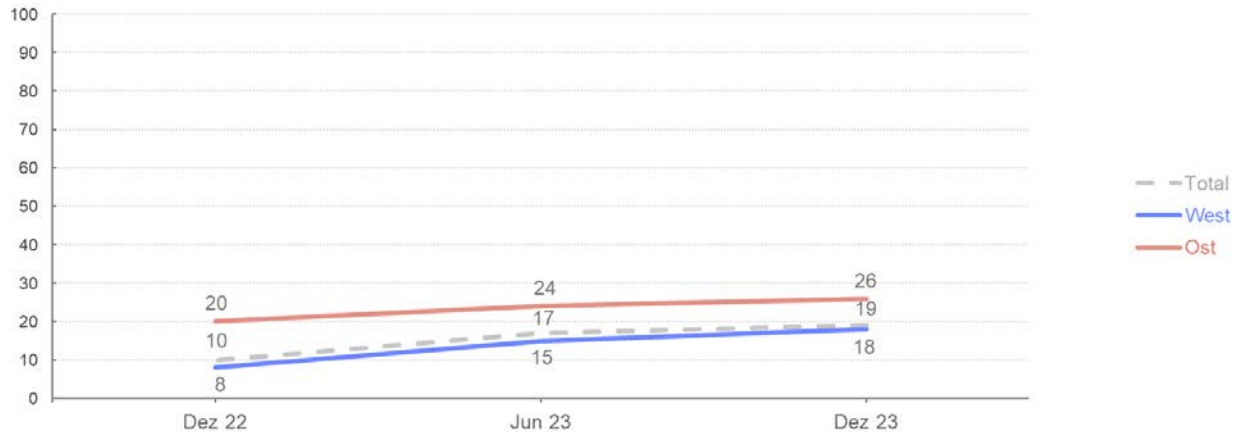
Frage: „Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen? Wie denken Sie über die ...? Und wie denken Sie über ...?“

In Ostdeutschland, wo die Sympathie für die AfD höher ist als in Westdeutschland, steigt der Anteil an Personen, die die AfD sehr oder etwas mögen leicht an. Im Dezember 2022 mochten 20 Prozent der Ostdeutschen die AfD. Im Dezember 2023 steigt dieser Anteil auf 26 Prozent.

In Westdeutschland ist die Sympathie für die AfD stärker gestiegen als in Ostdeutschland. In der ersten Erhebung mochten 8 Prozent der Westdeutschen die AfD. In der dritten Erhebung sind es 18 Prozent. Der Anteil an Westdeutschen, die der AfD gleichgültig gegenüberstehen, hat sich dabei kaum verändert (Dezember 2023: 10 Prozent; ohne Abbildung). Dagegen ist die Ablehnung der Westdeutschen gegenüber der AfD zwischen Dezember 2022 und Dezember 2023 von 82 Prozent auf 70 Prozent gesunken.

Ende 2023 zeigt sich ein linearer Bildungseffekt: Je höher formal gebildet eine Person ist, desto geringer fällt die Sympathie für die AfD aus (ohne Abbildung). Im Dezember 2022 gab es noch keine Bildungsunterschiede bei der Sympathie für die AfD. Im Dezember 2023 ist der Anteil an Personen, die die AfD sehr oder etwas mögen, besonders deutlich angestiegen unter Personen mit niedriger formaler Bildung. Etwas geringer fiel der Anstieg unter Personen mit mittlerer formaler Bildung aus.

Abbildung 29: Parteisympathie: AfD (Antworten: mag ich sehr/mag ich etwas)



Quellen: Umfragen 1039, 1040 und 1041 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: ist mir gleichgültig/lehne ich etwas ab/lehne ich sehr ab/weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen? Wie denken Sie über die ...? Und wie denken Sie über ...?“

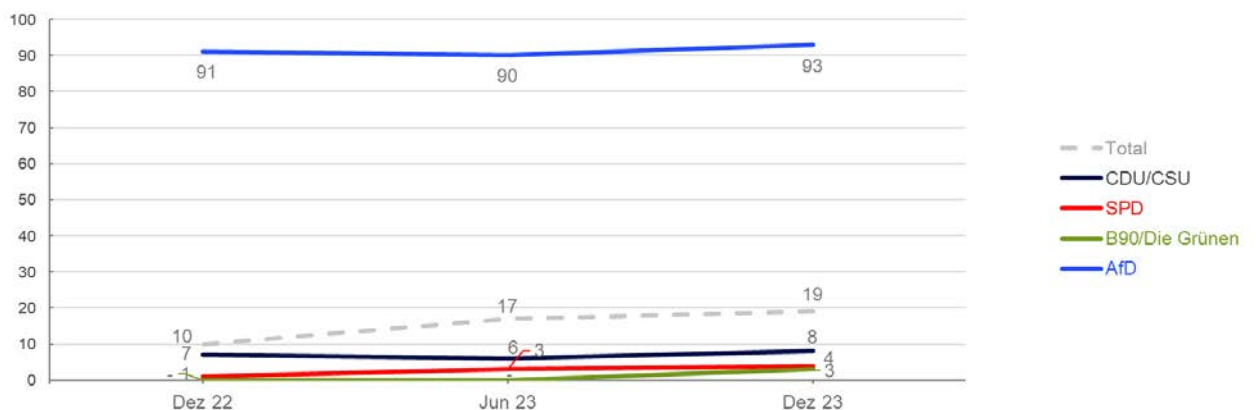
Die Sympathie für die AfD nach Parteipräferenz zeigt ein vermeintlich kurioses Bild: Obwohl die gesamtdeutsche Sympathie für die AfD steigt, verändert sich in keiner Wählergruppe die Zuneigung zur AfD. Dieser gesamtdeutsche Anstieg kann auf das Anwachsen der Gruppe an AfD-Wählerinnen und -Wählern zurückgeführt werden. In dieser Gruppe liegt die Sympathie für die AfD Ende 2023 bei 93 Prozent. Mit der veränderten emotionalen Haltung geht eine veränderte Wahlabsicht direkt einher.

In den anderen Wählergruppen gibt es keine Veränderung. Ende 2023 mögen nur 8 Prozent der CDU/CSU-Wählerschaft die AfD. 80 Prozent der Wählerinnen und Wähler der Union lehnen die AfD sehr oder etwas ab (ohne Abbildung).

Ähnlich sieht es bei der SPD-Wählerschaft aus. Im Dezember 2023 mögen nur 4 Prozent der Wählerinnen und Wähler die AfD sehr oder etwas. 85 Prozent lehnen sie ab (ohne Abbildung).

In der Grünen-Wählerschaft mögen 3 Prozent die AfD. 95 Prozent der Grünen-Wählerinnen und -Wähler lehnen die AfD ab, nur 1 Prozent steht ihr gleichgültig gegenüber (ohne Abbildung).

Abbildung 30: Parteisympathie: AfD nach Parteipräferenz (Antworten: mag ich sehr/mag ich etwas)



Quellen: Umfragen 1039, 1040 und 1041 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: ist mir gleichgültig/lehne ich etwas ab/lehne ich sehr ab/weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen? Wie denken Sie über die ...? Und wie denken Sie über ...?“

Die Parteisympathie erfasst eine grundlegende emotionale Haltung zu einer Partei, die sich im Wahlverhalten niederschlagen kann, aber nicht muss. Eine Kombination aus Sonntagsfrage und der Frage nach einer alternativen Wahlabsicht zeigt, dass die Wechselbereitschaft aktuell gering ausgeprägt ist. Insgesamt geben 50 Prozent der Wählerinnen und Wähler an, sich nicht vorstellen zu können, eine andere Partei als die bei der Sonntagsfrage genannte zu wählen. Zum Vergleich: 2020 konnten sich 26 Prozent der Wählerinnen und Wähler keine Wahl einer anderen Partei vorstellen (Neu/Pokorny 2021), nach der Bundestagswahl 2021 waren es 40 Prozent.

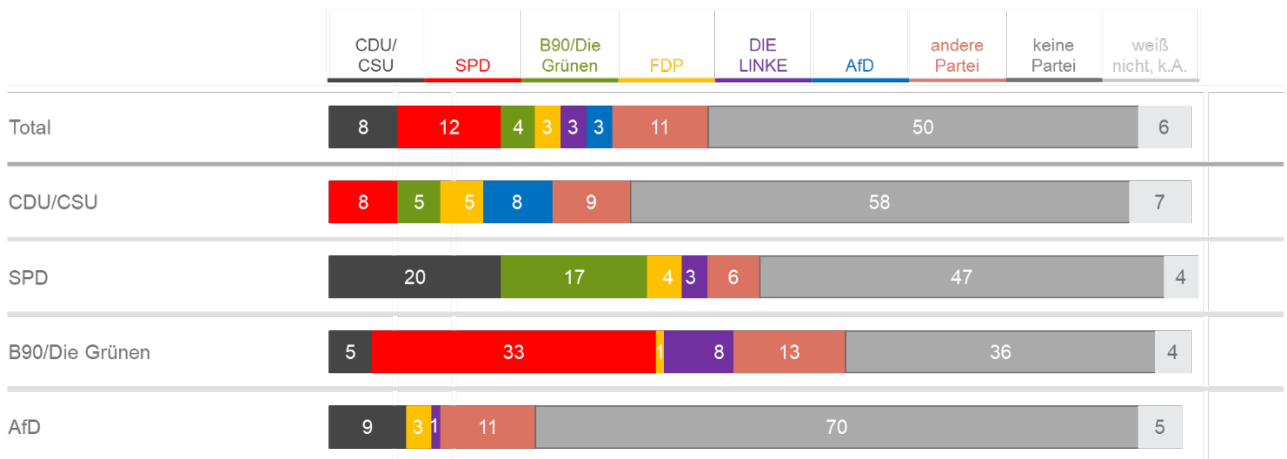
Besonders hoch ist dieser Anteil in der Wählerschaft der AfD. 70 Prozent der Wählerinnen und Wähler der AfD können sich nicht vorstellen, eine andere Partei zu wählen. Die gestiegene Sympathie der AfD-Wählerschaft für CDU und CSU macht sich nicht in Form einer Zweitwahlpräferenz bemerkbar. Nur 9 Prozent der AfD-Wählerinnen und -Wähler nennen als Alternative die CDU/CSU. 11 Prozent geben eine andere, kleinere Partei an. Die Potenziale der FDP und der Linken innerhalb der AfD-Wählerschaft liegen unter 5 Prozent.

Auch 58 Prozent der CDU/CSU-Wählerschaft können sich nicht vorstellen, eine andere Partei als die Union zu wählen. Die Potenziale aller Parteien innerhalb der CDU/CSU-Wählerschaft liegen im einstelligen Prozentbereich.

In der SPD-Wählerschaft geben 47 Prozent an, keine alternative Wahlabsicht zu besitzen. 20 Prozent der Wählerinnen und Wähler der SPD können sich vorstellen, alternativ CDU/CSU zu wählen, weitere 17 Prozent liebäugeln mit den Grünen. Alle anderen Parteien werden von weniger als 10 Prozent der SPD-Wählerschaft genannt.

In der Grünen-Wählerschaft ist die Wechselbereitschaft überdurchschnittlich hoch. Nur 36 Prozent der Wählerinnen und Wähler der Grünen können sich nicht vorstellen, eine andere Partei zu wählen. Mit 33 Prozent spielt ein hoher Anteil der Grünen-Wählerschaft mit dem Gedanken, die SPD zu wählen. Auch die sonstigen Parteien werden von 13 Prozent der Grünen-Wählerinnen und -Wähler in Betracht gezogen. Alle anderen Parteien liegen im einstelligen Prozentbereich.

Abbildung 31: Alternative Wahlabsicht nach Parteipräferenz



Quellen: Umfrage 1041 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent. Basis: Wählerinnen und Wähler in Deutschland.

Frage: „Und könnten Sie sich vorstellen, gegebenenfalls auch eine andere Partei zu wählen? Wenn ja, welche?“

7. Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala

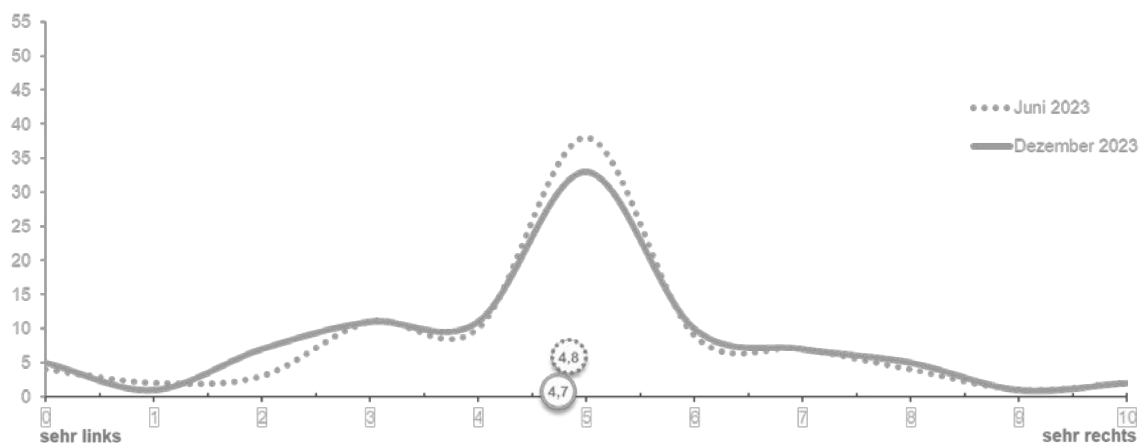
Eine Möglichkeit, den politischen Raum zu strukturieren, bietet die häufig genutzte Links-Rechts-Skala. In den Erhebungen vom Juni und vom Dezember 2023 wurde die Selbsteinstufung der Wahlberechtigten auf einer Skala von 0 (sehr links) bis 10 (sehr rechts) erhoben.

Die größte Veränderung findet sich bei der AfD-Wählerschaft. Sie rutscht im Durchschnitt einen ganzen Skalenpunkt nach rechts. Zudem steigt der Anteil an AfD-Wählerinnen und -Wählern, die sich ganz rechts positionieren.

Die Gesamtheit der Wahlberechtigten positioniert sich im Dezember 2023 sehr ähnlich wie sechs Monate zuvor. Im Durchschnitt stufen sich die Deutschen Ende 2023 bei einem Wert von 4,7 ein (Juni 2023: 4,8). Insgesamt liegt die Selbsteinstufung also sehr nah an der Mitte der Skala. Entsprechend zeigt die Verteilung über die gesamte Skala auch eine Spitze beim Skalenmittelpunkt: 33 Prozent der Wahlberechtigten positionieren sich im Dezember 2023 beim Wert 5. Die äußeren Ränder sind dagegen sehr schwach besetzt. 6 Prozent stufen sich bei den Werten 0 und 1, also sehr links ein. 3 Prozent verorten sich dagegen ganz rechts bei den Werten 9 und 10.

Bei der Links-Rechts-Selbsteinstufung zeigt sich ein deutlicher Bildungseffekt: Je höher formal gebildet eine Person ist, desto weiter links verortet sie sich (ohne Abbildung). Im Durchschnitt liegen Personen mit niedriger formaler Bildung bei einem Skalenwert von 5,1. Personen mit mittlerer formaler Bildung positionieren sich im Mittel bei 4,9 und Personen mit hoher formaler Bildung bei 4,3.

Abbildung 32: Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala im Zeitvergleich

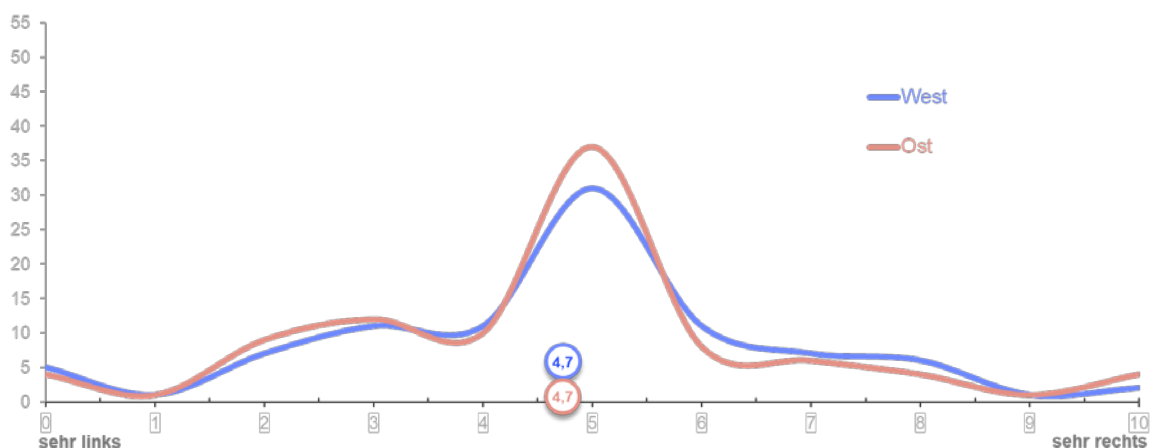


Quellen: Umfragen 1040 und 1041 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent.
Frage: „Wenn von Politik die Rede ist, hört man immer wieder die Begriffe „links“ und „rechts“. Wir hätten gerne von Ihnen gewusst, ob Sie sich selbst eher links oder eher rechts einstufen. Bitte benutzen Sie dazu eine Skala von 0 bis 10. 0 bedeutet „sehr links“. 10 bedeutet „sehr rechts“. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen. Wo würden Sie sich einstufen?“

West- und Ostdeutschland unterscheiden sich kaum in der Links-Rechts-Positionierung. Die Verteilung über die einzelnen Skalenpunkte ist sehr ähnlich und der Mittelwert liegt sogar identisch bei 4,7.

Ein Langzeitvergleich mit Daten des Politbarometers⁷ zeigt, dass die Annäherung zwischen West- und Ostdeutschen bei der Links-Rechts-Selbsteinstufung eine relativ neue Entwicklung ist. 2010 lagen beispielsweise noch 0,6 Skalenpunkte zwischen West- und Ostdeutschen (West: 4,9; Ost: 4,3) (ohne Abbildung). 2020 war der Unterschied schon auf 0,3 Skalenpunkte geschrumpft (West: 4,5; Ost: 4,2). In der aktuellsten verfügbaren Jahreskumulation des Politbarometers von 2022 ist der Unterschied nahezu verschwunden (West: 4,4; Ost: 4,3). Im Vergleich dazu zeigt sich in der vorliegenden Erhebung von Dezember 2023 in beiden Landesteilen eine leichte Verschiebung in die Mitte.

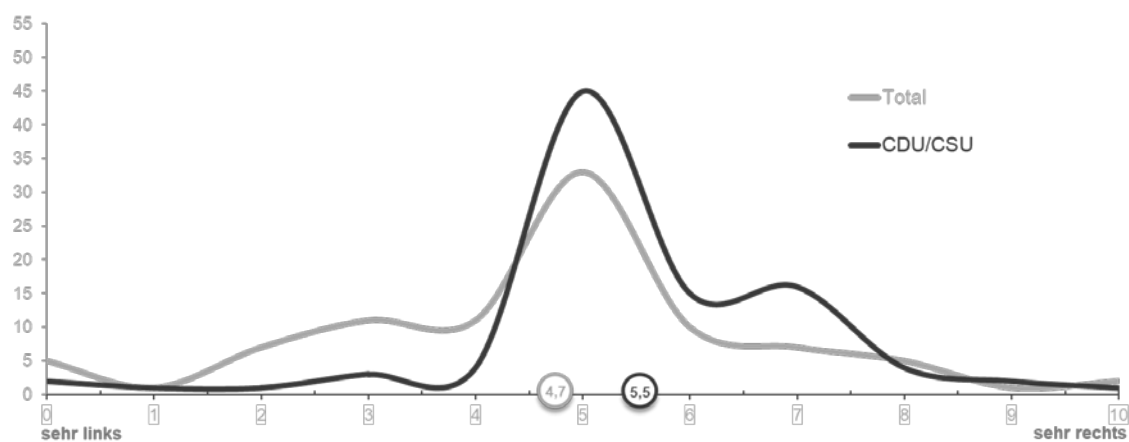
Abbildung 33: Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala in Ost- und Westdeutschland



Quellen: Umfrage 1041 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent.
Frage: „Wenn von Politik die Rede ist, hört man immer wieder die Begriffe „links“ und „rechts“. Wir hätten gerne von Ihnen gewusst, ob Sie sich selbst eher links oder eher rechts einstufen. Bitte benutzen Sie dazu eine Skala von 0 bis 10. 0 bedeutet „sehr links“. 10 bedeutet „sehr rechts“. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen. Wo würden Sie sich einstufen?“

Die CDU/CSU-Wählerschaft liegt mit einem Durchschnitt von 5,5 etwas weiter rechts als die Gesamtbevölkerung, aber immer noch mittig. Ein überdurchschnittlicher Anteil der Wählerschaft von CDU/CSU positioniert sich genau in der Mitte. 45 Prozent der Wählerinnen und Wähler von CDU/CSU verorten sich auf der Skala von 0 bis 10 bei dem Wert 5. Die Verteilung der anderen Skalenwerte zeigt aber eine leicht rechts-schiefe Verteilung.

Abbildung 34: Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala: CDU/CSU-Wählerinnen und -Wähler

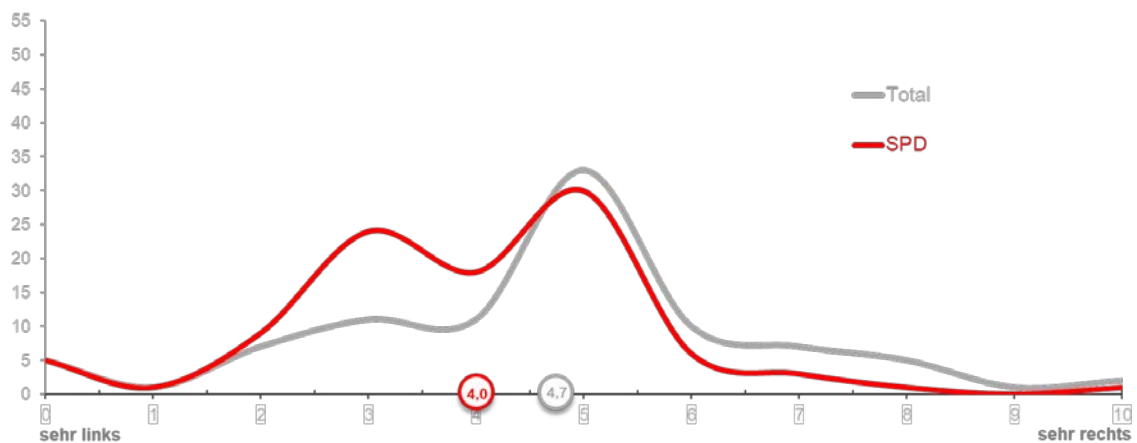


Quellen: Umfrage 1041 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent.

Frage: „Wenn von Politik die Rede ist, hört man immer wieder die Begriffe „links“ und „rechts“. Wir hätten gerne von Ihnen gewusst, ob Sie sich selbst eher links oder eher rechts einstufen. Bitte benutzen Sie dazu eine Skala von 0 bis 10. 0 bedeutet „sehr links“. 10 bedeutet „sehr rechts“. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen. Wo würden Sie sich einstufen?“

Im Durchschnitt liegen die Wählerinnen und Wähler der SPD mit 4,0 links der Mitte. In der SPD-Wählerschaft ist die Skalenmitte schwächer ausgeprägt als in der Wählerschaft der Union. 30 Prozent der SPD-Wählerinnen und -Wähler stufen sich bei dem Wert 5 ein. Gleichzeitig positionieren sich 24 Prozent bei dem Skalenwert 3. Die Verteilung ist also links-schief.

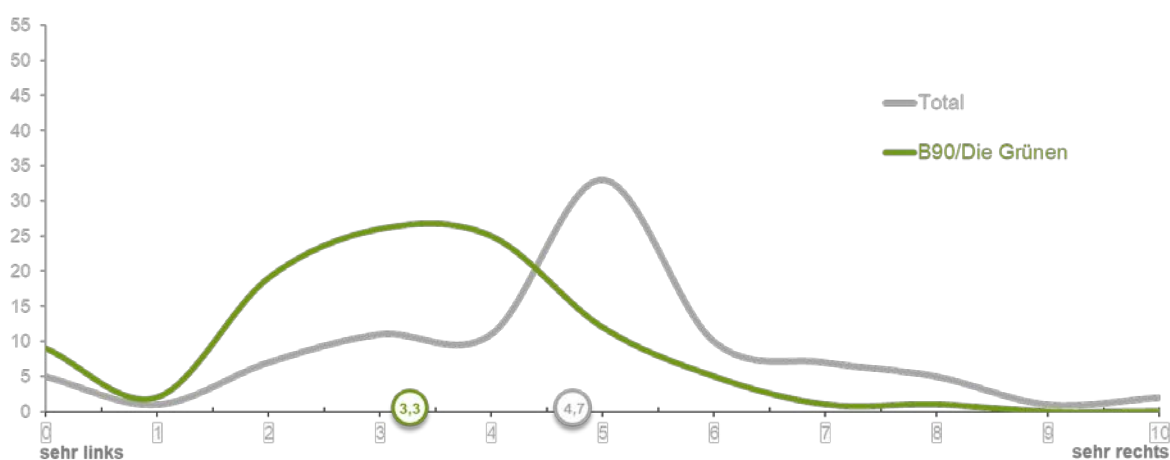
Abbildung 35: Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala: SPD-Wählerinnen und -Wähler



Quellen: Umfrage 1041 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent.
Frage: „Wenn von Politik die Rede ist, hört man immer wieder die Begriffe „links“ und „rechts“. Wir hätten gerne von Ihnen gewusst, ob Sie sich selbst eher links oder eher rechts einstufen. Bitte benutzen Sie dazu eine Skala von 0 bis 10. 0 bedeutet „sehr links“. 10 bedeutet „sehr rechts“. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen. Wo würden Sie sich einstufen?“

Im Durchschnitt verortet sich die Grünen-Wählerschaft mit einem Wert von 3,3 deutlich links der Mitte. Der Skalenwert 5 ist mit nur 12 Prozent in der Grünen-Wählerschaft unterdurchschnittlich häufig vertreten. Am häufigsten positionieren sich die Wählerinnen und Wähler der Grünen bei den Skalenpunkten 3 (26 Prozent) und 4 (25 Prozent). Außerdem stufen sich mit 11 Prozent leicht überdurchschnittlich viele Grünen-Wählerinnen und -Wähler ganz links bei den Skalenwerten 0 und 1 ein.

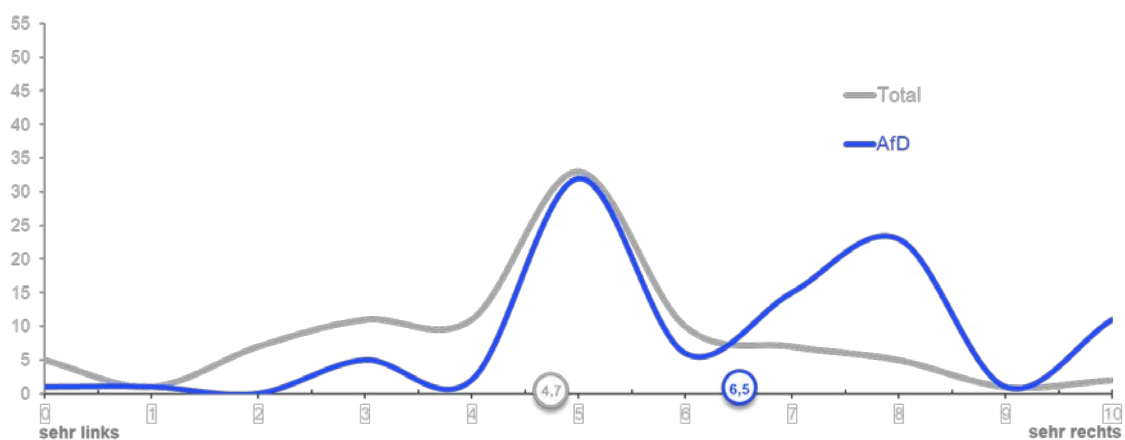
Abbildung 36: Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala: Bündnis 90/Die Grünen-Wählerinnen und -Wähler



Quellen: Umfrage 1041 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent.
Frage: „Wenn von Politik die Rede ist, hört man immer wieder die Begriffe „links“ und „rechts“. Wir hätten gerne von Ihnen gewusst, ob Sie sich selbst eher links oder eher rechts einstufen. Bitte benutzen Sie dazu eine Skala von 0 bis 10. 0 bedeutet „sehr links“. 10 bedeutet „sehr rechts“. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen. Wo würden Sie sich einstufen?“

Die AfD-Wählerschaft positioniert sich mit einem Durchschnittswert von 6,5 mit Abstand am weitesten rechts auf der Links-Rechts-Skala. Die Verteilung der Selbsteinstufung der AfD-Wählerschaft zeigt im Dezember 2023 zwei Spitzen. 32 Prozent der AfD-Wählerschaft stufen sich in der Skalenmitte bei dem Wert 5 ein. 23 Prozent geben den Wert 8 als Selbsteinstufung an. Zusätzlich ist der ganz rechte Skalenwert 10 mit 11 Prozent der AfD-Wählerinnen und -Wähler überdurchschnittlich stark besetzt.

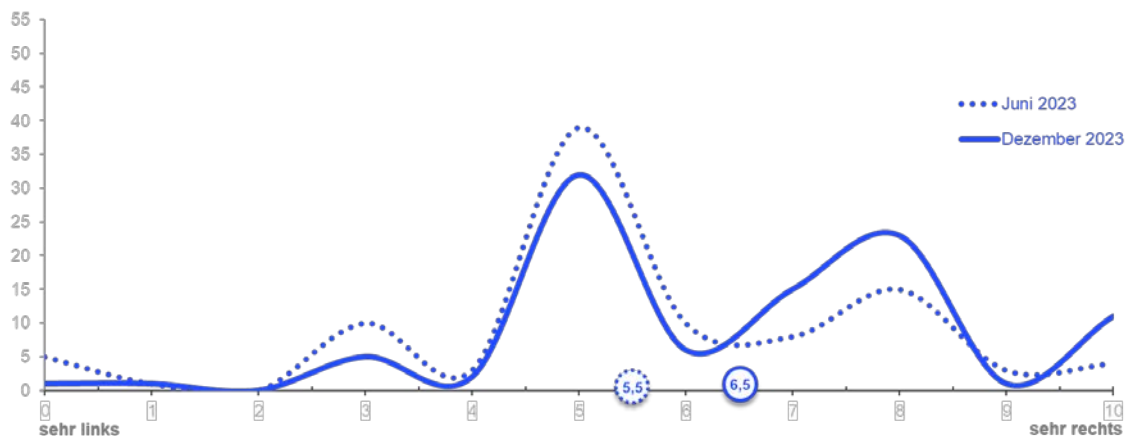
Abbildung 37: Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala: AfD-Wählerinnen und -Wähler



Quellen: Umfrage 1041 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent.
Frage: „Wenn von Politik die Rede ist, hört man immer wieder die Begriffe „links“ und „rechts“. Wir hätten gerne von Ihnen gewusst, ob Sie sich selbst eher links oder eher rechts einstufen. Bitte benutzen Sie dazu eine Skala von 0 bis 10. 0 bedeutet „sehr links“. 10 bedeutet „sehr rechts“. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen. Wo würden Sie sich einstufen?“

Der Zeitvergleich zeigt eine deutliche Rechtsverschiebung der AfD-Wählerschaft in nur sechs Monaten. Zwischen Juni und Dezember 2023 ist die Wählerschaft der AfD in ihrer Selbsteinstufung um einen ganzen Skalenpunkt nach rechts gerückt. Im Juni 2023 stuften sich die Wählerinnen und Wähler der AfD noch im Durchschnitt bei 5,5 ein⁸. Im Detail zeigt sich, dass die Positionierung bei den Werten 3 und 5 seltener geworden ist. Stattdessen positionieren sich die Wählerinnen und Wähler der AfD nun häufiger als vorher bei den Werten 7 und 8. Auch die ganz rechte Positionierung bei dem Wert 10 ist von 4 Prozent auf 11 Prozent deutlich gestiegen.

Abbildung 38: Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala: AfD-Wählerinnen und -Wähler im Zeitvergleich



Quellen: Umfragen 1040 und 1041 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2023. Angaben in Prozent.
Frage: „Wenn von Politik die Rede ist, hört man immer wieder die Begriffe „links“ und „rechts“. Wir hätten gerne von Ihnen gewusst, ob Sie sich selbst eher links oder eher rechts einstufen. Bitte benutzen Sie dazu eine Skala von 0 bis 10. 0 bedeutet „sehr links“. 10 bedeutet „sehr rechts“. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen. Wo würden Sie sich einstufen?“

8. Fazit

Die Wählerschaft der Grünen hat ihren Optimismus zurück. Die Zuversicht der Grünen-Wählerinnen und -Wähler für die Zukunft steigt, ihre Demokratiezufriedenheit stabilisiert sich. Zusätzlich steigt das Vertrauen in die Bundesregierung und in den Bundestag unter den Wählerinnen und Wählern der Grünen.

Die Wählerinnen und Wähler der SPD entwickeln sich weniger eindeutig. Ihre Zufriedenheit mit der Demokratie steigt wieder und auch ihre Zukunftszuversicht nimmt zu. Gleichzeitig verliert die Wählerschaft der SPD aber zunehmend das Vertrauen in die (SPD-geführte) Bundesregierung und den Bundestag.

Für die Wählerschaft der Union gibt es wenig Positives zu berichten. Die Zuversicht für die Zukunft stabilisiert sich zwar auf dem eher niedrigen Niveau der Vorerhebung. Seit der ersten Erhebung im Dezember 2022 ist die Zukunftszuversicht der Unionswählerschaft aber um 11 Punkte gesunken. Die Demokratiezufriedenheit der CDU/CSU-Wählerschaft geht insgesamt um 22 Punkte zurück. Auch das Vertrauen in den Bundestag verringert sich bei den Wählerinnen und Wählern von CDU/CSU um 22 Punkte. Das Vertrauen in die Bundesregierung sinkt zwischen der ersten und der dritten Erhebung um 14 Punkte.

Die AfD-Wählerschaft ist noch immer durch großen Pessimismus geprägt. Die Wählerinnen und Wähler der AfD sind mit Abstand am unzufriedensten mit der Demokratie und misstrauen mehrheitlich dem Bundestag und der Bundesregierung. Die Zukunftszuversicht der AfD-Wählerschaft war zwischen Dezember 2022 und Juni 2023 deutlich gestiegen, hat nun aber wieder abgenommen. Zwar sind die Wählerinnen und Wähler der AfD noch immer zuversichtlicher als bei der ersten Erhebung, im Vergleich mit allen anderen Wählergruppen sind sie aber besonders pessimistisch. Gleichzeitig sind die AfD-Wählerinnen und -Wähler auf der Links-Rechts-Skala in ihrer Selbstwahrnehmung deutlich nach rechts gerückt. Zudem ist ihre Wechselwahlbereitschaft besonders gering. 70 Prozent der AfD-Wählerinnen und -Wähler kann sich nicht vorstellen, eine andere Partei zu wählen. Der gestiegene Anteil an AfD-Wählerinnen und -Wählern gemessen an der Sonntagsfrage führt also nicht dazu, dass diese Wählergruppe mittiger, gemäßiger oder wechselbereiter würde.

Literatur

Neu, Viola/Pokorny, Sabine, 2021: Vermessung der Wählerschaft vor der Bundestagswahl 2021. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage zu politischen Einstellungen. Monitor. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. <https://www.kas.de/de/monitor/detail/-/content/vermessung-der-waehlerschaft-vor-der-bundestagswahl-2021> (zuletzt abgerufen am 07.02.2024).

Neu, Viola, 2020: Mehrheit schaut optimistisch in die Zukunft. Krisenbarometer der Konrad-Adenauer-Stiftung. Folge 8 – letzte Ausgabe. Coronaperspektiven. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. <https://www.kas.de/documents/252038/7995358/Corona+Krisenbarometer+Folge+8.pdf/fce7d886-e8ef-bc13-f3bc-c106701a8248?t=1594289723183> (zuletzt abgerufen am 07.02.2024).

Pokorny, Sabine, 2023: „Man weiß ja nicht, was die Zukunft bringt ...“ Ergebnisse aus zwei repräsentativen Umfragen. Monitor. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/man-weiss-ja-nicht-was-die-zukunft-bringt> (zuletzt abgerufen am 07.02.2024).

Pokorny, Sabine, 2022: Wieso, weshalb, warum? Wahlmotive bei der Bundestagswahl 2021. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage. Forum Empirische Sozialforschung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. <https://www.kas.de/de/einzeltitel/-/content/wieso-weshalb-warum-wahlmotive-bei-der-bundestagswahl-2021> (zuletzt abgerufen am 07.02.2024).

¹ Bei den formalen Bildungsniveaus werden drei Gruppen unterschieden: Personen mit niedrigem formalem Bildungsniveau haben einen Volksschul- oder Hauptschulabschluss; Personen mit mittlerem formalem Bildungsniveau haben einen Realschulabschluss bzw. die Mittlere Reife; Personen mit hohem formalem Bildungsniveau haben (Fach-)Abitur oder einen Studienabschluss.

² Dezember 2022: 83; Juni 2023: 74; Dezember 2023: 86

³ Dezember 2022: 47; Juni 2023: 61; Dezember 2023: 52

⁴ Die Veränderungen innerhalb der Wählergruppen werden nur für das Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Medien, den Bundestag, die Bundesregierung und die Parteien näher analysiert.

⁵ Die Sonntagsfrage in den vorliegenden Umfragen ist nicht direkt vergleichbar mit der Sonntagsfrage, wie sie beispielsweise vom Politbarometer oder dem DeutschlandTrend veröffentlicht wird. Die Sonntagsfrage des Deutschland Trends und die Projektion des Politbarometers basieren auf einer nicht näher bekannten politischen Gewichtung. Die vorliegenden Daten sind nur sozialstrukturell gewichtet. Damit entspricht die Sonntagsfrage am ehesten der vom Politbarometer veröffentlichten Politischen Stimmung (und nicht der Projektion).

⁶ Alle Werte von 2021 stammen aus der Umfrage 1030 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., die nach der Bundestagswahl 2021 durchgeführt wurde. Für Details zur Umfragemethode siehe exemplarisch Pokorny 2022.

⁷ Die Daten des Politbarometers der Forschungsgruppe Wahlen e.V. wurden über den Datenservice von gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften bezogen. Für die Berechnungen wurden die Politbarometer Jahreskumulationen 2010 West (ZA5557), 2010 Ost (ZA5556), 2020 (ZA7753) und 2022 (ZA7970) verwendet.

⁸ In der Jahreskumulation des Politbarometers 2022 liegen die Wählerinnen und Wähler der AfD bei einem Durchschnittswert von 5,7.

Impressum

Die Autorin

Dr. Sabine Pokorny studierte Soziologie, Englische und Italienische Philologie an den Universitäten Köln und Florenz. Anschließend war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin im Arbeitsbereich Methoden der Empirischen Sozialforschung der Freien Universität Berlin. Im September 2011 wechselte sie als Koordinatorin für Empirische Sozialforschung zur Konrad-Adenauer-Stiftung. Seit Januar 2020 arbeitet sie als Referentin für Wahl- und Sozialforschung in der Hauptabteilung Analyse und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Sabine Pokorny

Abteilung Wahl- und Sozialforschung
Hauptabteilung Analyse und Beratung

T +49 30 / 26 996-3544

Sabine.Pokorny@kas.de

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2024, Berlin
Gestaltung: yellow too, Pasiak Horntrich GbR
Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).